



DAS  
MAGAZIN  
DER  
GRÜNEN

1 | 2024



***WAS FÜR  
EUROPA  
ZÄHLT***

# GUTE SEITEN



# ECHTE SEITEN

Nur wer versteht, kann auch für etwas einstehen. Keine Debatte? Steht nicht zur Debatte. Wir wollen mehr als News – wir wollen Neues. Ungestellte Fragen. Echte Antworten. Stimmen, die man woanders nicht hört. Deshalb eine radikale Zeitung: Unabhängig, solidarisch und mit Haltung.

**taz** zeitung für morgen

10 WOCHEN  
NUR 10 EURO  
TAZ.DE/ABO



taz Verlags- und Vertriebs-GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin

EDITORIAL

## Machen, was zählt! Für Europa und vor Ort



Wenn ihr dieses Heft in Händen haltet, beginnt die heiße Phase des Wahlkampfs für die Europawahl und in neun Bundesländern auch für die Kommunalwahl. Bei der Europawahl am 9. Juni geht es um viel, wenn nicht um alles: Um unsere demokratischen Freiheiten, um Frieden, um mehr Gerechtigkeit und Wohlstand mit Klimaschutz. Deshalb gliedern diese vier Begriffe unser Europawahlprogramm. Und sie stehen über den vier Kapiteln dieses Magazins, in denen wir euch vorstellen wollen, was wir Grüne alles mit und für Europa schaffen wollen.

Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit und Wohlstand sind keine Selbstverständlichkeiten. Der Krieg in der Ukraine dauert an, die wirtschaftliche Lage in Europa ist angespannt und rechts-

extreme Parteien wollen nicht nur wichtige EU-Projekte torpedieren, sondern gefährden das freiheitlich-demokratische Fundament und die Einheit Europas – sowohl in den einzelnen Mitgliedstaaten als auch in den europäischen Institutionen selbst.

Wir werden das europäische Friedens- und Freiheitsprojekt mit allen Mitteln verteidigen. Und wir sind nicht allein: Die vielen Demos gegen Rechtsextremismus – nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land – machen mir Mut. Wir wollen ein starkes Europa, das nach vorne gehen kann. Ein sicheres und einiges Europa. Die Herausforderungen der Zukunft können wir nur gemeinsam meistern. Alleingänge und Nationalismus schwächen uns und führen zurück in die Sackgassen der Vergangenheit.

Wir treten an für Freiheit, mehr Frieden, mehr Gerechtigkeit und mehr Wohlstand – und zwar für alle. All das gelingt nur europäisch, europäisch aber gelingt es. Deshalb: Unterstützt unsere Kandidat\*innen im Europawahlkampf und auch bei den kommenden Kommunalwahlen! Redet mit den Menschen an den Haustüren und auf den Straßen! Wir haben gute Argumente auf unserer Seite und viele zukunftsweisende Ideen, Vorhaben und Forderungen.

Ich habe richtig Lust auf Wahlkampf. Trotz aller Anfeindungen rechts-extremer und reaktionärer Kräfte bekommen wir viel Zuspruch und spüren starken Rückhalt in der Bevölkerung. Allein in den vergangenen Monaten haben wir über 8000 neue Mitglieder gewonnen. Wir werden getragen von einer positiven Stimmung und der Kraft der Überzeugung. Starke Grüne im Europäischen Parlament und vor Ort – jetzt erst recht!

Bild: Urban Zintel

Eure Emily

DAS MAGAZIN DER GRÜNEN



### BEWEGUNG IN DEN GRASWURZELN: KOMMUNALWAHLEN 2024

In den Kommunen wird entschieden, was direkt vor der Haustür passiert. Deshalb ist die politische Arbeit in Städten und Gemeinden so wichtig. Vielerorts sind die Bündnisgrünen auf kommunaler Ebene fest verankert und zeigen jeden Tag, wie grüne Politik das Land voranbringen kann. In diesem Superwahljahr finden parallel zur Europawahl in neun Bundesländern auch Kommunalwahlen statt. In Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und in Baden-Württemberg sind die Bürger\*innen aufgefordert, Landrät\*innen, Bürgermeister\*innen, Kreistage und Gemeinde- und Stadträte zu wählen. Wenn die Grünen stark in der Kommune sind, profitieren die Menschen vor Ort. Die Wirkkraft grüner Politik wird sichtbar und stärkt uns den Rücken – auch im Bund und in Europa. Deshalb: Engagiert euch für die grünen Kandidat\*innen in der Kommune!

Jedes der vier Kapitel dieser Ausgabe wird von einer Collage samt einer kurzen Erklärung von Anna Bu Kliever eröffnet. Die ukrainisch-deutsche Künstlerin lebt in London und ist bekannt für ihre surrealen Bilder, in denen sie vermeintlich sichere Annahmen über Realität, Zeit und Raum in Frage stellt.





## „Ein grünes Europa ist ein lebendiger Kontinent“

Am 9. Juni wird in Deutschland zum zehnten Mal das EU-Parlament direkt gewählt. Spitzenkandidatin der deutschen und der europäischen Grünen ist Terry Reintke. In diesem Steckbrief erklärt sie in aller Kürze, warum Grün in Europa wichtig ist, was sie in der kommenden Legislaturperiode vorhat und wann es in Brüssel am schönsten ist.

### WARUM GRÜN IN EUROPA?

Weil wir Europa gestalten und nicht nur verwalten wollen. Ein grünes Europa ist ein lebendiger und bunter Kontinent, der mit einer klimaneutralen Wirtschaft in die Zukunft geht und so Frieden und Wohlstand für alle schafft. Und wir wollen ein diverses Europa, das fest auf Rechtsstaat und Demokratie baut und ein Zuhause für alle ist.

### GUTE VERBINDUNGEN IN EUROPA...

... sind essenziell, um sich über geografische Distanzen, Sprach- und Kulturgrenzen hinweg zu verständigen und Ansprechpartner\*innen zu haben, mit denen man gemeinsam Brücken bauen kann. Grüne Parteien regieren inzwischen in sechs Mitgliedstaaten. Wir tauschen uns regelmäßig aus und koordinieren uns.

**IMMER IM GEPÄCK HABE ICH:**  
Meine Laufschuhe

Bild: Nils Leon Brauer

### WAS STEHT GANZ OBEN AUF DEINER POLITISCHEN TO-DO-LISTE?

Die Bildung einer starken demokratischen progressiven Mehrheit, die im EU-Parlament einen Rechtsruck und damit einen Rückschritt bei der EU-Gesetzgebung verhindern kann.

### FEMINIST\*INNEN IN EUROPA...

... sind stark und selbstbewusst. Sie setzen sich für Geschlechtergerechtigkeit und Frauenrechte ein und kämpfen gemeinsam gegen einen autoritären Backlash.

### WAS TUN GEGEN DIESEN BACKLASH?

Demonstrieren, aufstehen, sich unterhaken. Die vielen Menschen, die in Deutschland zu Beginn des Jahres gegen die menschenverachtenden und rassistischen Deportationsfantasien der rechtsextremen AfD auf die Straße gegangen sind, zeigen: Gemeinsam sind wir mehr. Wir lassen die Unterwanderung durch Rechtsextreme nicht zu. Nicht im Fußballverein, nicht in der Kneipe nebenan, nicht im Stadtrat und nicht in der EU.

### ENGLISCH ODER FRANZÖSISCH?

Ich liebe Englisch, ich habe im Rahmen des Erasmus-Programms auch in Edinburgh studiert. Und ich liebe Französisch, weil es die Sprache meiner Partnerin ist.

### EIN GUTER KOMPROMISS IST...

... bei schwierigen Verhandlungen das Wichtigste, um vorwärts zu kommen und grüne Politik nicht nur zu planen, sondern auch umzusetzen.

### DAS EU-PARLAMENT BRAUCHT MEHR...

... Mitspracherecht. Bei vielen Entscheidungen ist das Parlament außen vor, etwa bei der Außen- und Sicherheitspolitik. Darüber ent-

scheiden allein die Mitgliedstaaten. Wir brauchen außerdem endlich das Initiativrecht, damit auch wir Gesetzesvorschläge einbringen können – und nicht nur die EU-Kommission. Dieses Recht ist schließlich die Kernkompetenz jedes Parlaments.

### WANN IST BRÜSSEL AM SCHÖNSTEN?

Ich bin Frühaufsteherin. Am schönsten ist Brüssel, wenn ich im Wald laufen war, und die Sonne über der Stadt aufgeht.

### GRÜNE EUROPAPOLITIK IST SOZIAL GERECHT, WEIL...

... wir in dieser Legislaturperiode zum Beispiel einen europäischen Mindestlohn und eine ehrgeizige Lohntransparenz-Richtlinie verhandelt haben. Darauf werden wir aufbauen, um Europa mit voller Kraft sozial gerechter zu gestalten.

### AM KAFFEEAUTOMAT...

... versuche ich nicht zu oft zu stehen, weil ich zu viel Kaffee nicht gut vertrage.

### DAS HABE ICH MIR FEST VORGENOMMEN:

Ich will mir den Kontakt zur Lebensrealität von ganz normalen Menschen außerhalb der Politikwelt und außerhalb Brüssels erhalten. Dabei hilft mir meine wunderbare große Familie in Bayern und in Nordrhein-Westfalen, zu der Landwirt\*innen genauso gehören wie Handwerker\*innen oder kaufmännische Angestellte.

### FAMILIE IST FÜR MICH ALLES

### EUROPA SCHÜTZT...

... unsere Sicherheit, unseren Wohlstand, unsere Rechte und unseren Platz in der Welt.

### TERRY REINTKE

geboren 1987 in Gelsenkirchen, stammt aus dem Ruhrgebiet. Die sozialen Herausforderungen in der Region durch die Abwanderung der Industrie haben sie schon früh politisiert. Mit nur 27 Jahren wurde sie 2014 ins Europaparlament gewählt, wo sie in der Grünen/EFA-Fraktion für ein klimaneutrales, soziales und gerechtes Europa kämpft. Seit 2022 ist sie Ko-Vorsitzende der Fraktion. Und bei der kommenden Europawahl Spitzenkandidatin der deutschen und der europäischen Grünen.



Keine zarten Pflänzchen: Für Wohlstand muss die Wirtschaft grün und üppig wuchern, damit alle ein Dach über dem Kopf und ein gutes Auskommen haben.

## KAPITEL 1: WAS WOHLSTAND SCHÜTZT

Um den Wohlstand in ganz Europa zu bewahren, zu erneuern und zu vermehren, wollen wir mit ganzer Kraft die klimaneutrale Modernisierung der europäischen Wirtschaft und Infrastruktur vorantreiben. Das ist die Voraussetzung dafür, dass die EU im globalen Wettbewerb bestehen und ihr Wohlstandsversprechen auch in Zukunft halten kann.

## Volle Kraft voraus

Die EU hat Großes vor: Mit dem European Green Deal will die EU die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 um 55 Prozent im Vergleich zu 1990 reduzieren. So will Europa langfristig klimaneutral werden und zugleich Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität sichern.

Mit dem European Green Deal hat die EU die weltweit ehrgeizigste Klimaschutz-Strategie aufgelegt – und zugleich ein kraftvolles Konjunkturprogramm geschaffen. Er soll die europäische Wirtschaft im globalen Wettbewerb stärken und so den Wohlstand auch in Zukunft sichern. Die Strategie zielt darauf, Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Sie soll einen Innovationsschub auslösen, der den europäischen Unternehmen international Vorsprung verschaffen und den Klimaschutz weltweit voranbringen wird. Mit der EU als Vorbild.

Mit Investitionen in Billionenhöhe ist die klimagerechte Modernisierung von Wirtschaft und Infrastruktur in der EU der Motor für grünes Wachstum. Sie schafft gute Jobs und verbessert die Lebensqualität in ganz Europa. Dementsprechend steht der Green Deal auf einer breiten Basis: Er umfasst Energieversorgung und -effizienz genauso wie Biodiversität und Naturschutz, Industrie, Gewerbe, Haushalte, Kreislaufwirtschaft, Mobilität und Landwirtschaft. Die EU und die Mitgliedstaaten unterstützen diese Strategie, indem sie zum Beispiel innovative Projekte aus all diesen Bereichen fördern (zwei davon stellen wir auf der folgenden Doppelseite vor).

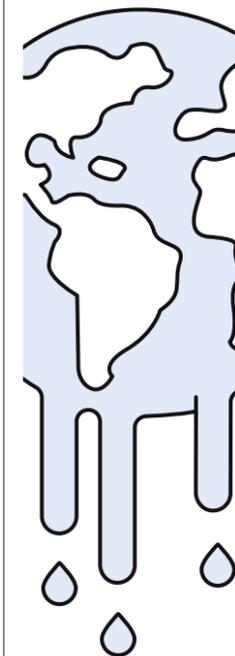
### EFFEKTIVER KLIMASCHUTZ

Der Green Deal legt die Leitlinien fest, mit dem „Fit for 55“-Paket setzt die EU sie um. Dessen Herzstück ist die Verschärfung des bestehenden EU-Emissionshandels. Über die Menge der ausgegebenen CO<sub>2</sub>-Zertifikate lässt sich exakt steuern, wie stark die Emissionen von Kraftwerken, Industrieanlagen und künftig auch im Straßenverkehr und im Gebäudesektor sinken sollen. Ein Klimazoll sorgt dafür, dass auch außereuropäische Unternehmen für Emissionen zahlen müssen. Ebenso beschleunigt die EU den Ausbau der erneuerbaren Energien. Mehr Ehrgeiz ist auch bei der Energieeffizienz angesagt: Der gesamte Energieverbrauch muss bis 2030 um fast zwölf Pro-

Texte: Ralph Diermann

## 1. WAS WOHLSTAND SCHÜTZT

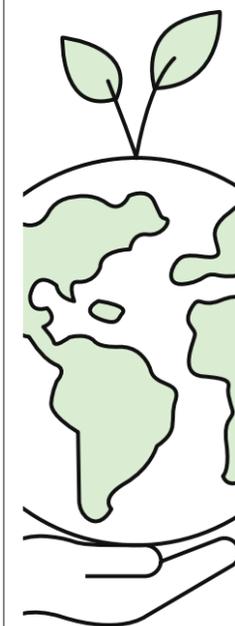
„Die EU muss den eingeschlagenen Pfad weitergehen. Es gibt keinen Weg zurück.“



zent sinken. Mit ihrer neuen Industriestrategie stellt die EU zudem sicher, dass Klimaschutz-Technologien wie Photovoltaik vermehrt in Europa gefertigt werden. Das soll Investoren anlocken und den Kontinent unabhängiger und widerstandsfähiger angesichts globaler Krisen machen.

### AUF KURS BLEIBEN

Mit den bereits beschlossenen Gesetzen und Richtlinien hat die EU bei der Umsetzung des Green Deal schon viel erreicht. In der kommenden Legislaturperiode muss dieser Kurs konsequent fortgeführt werden. Das wird nicht einfach – auch weil Konservative und Liberale zuletzt immer wieder vom Green Deal abgerückt sind. Das gefährdet nicht nur den Klimaschutz, sondern auch Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit Europas. Bleibt die klimagerechte Modernisierung auf halbem Wege stecken, werden andere Länder vorbeiziehen und sich so Wettbewerbsvorteile sichern. Ganz zu schweigen von den Verwerfungen, die ein ungebremster Klimawandel für Europa bedeuten würde. Deshalb muss die EU den eingeschlagenen Pfad unbeirrt weitergehen. Es gibt keinen Weg zurück.



### GRÜNER HANDELN!

2019 stellte die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen das Konzept des European Green Deal vor. Die Idee dahinter: Die dringende Herausforderung durch den Klimawandel zur Chance zu machen. Wir Grüne haben den European Green Deal mit auf die Agenda gesetzt. Jetzt wollen wir alles dafür tun, dass die Strategie ihre volle Wirkkraft entfalten kann. Klimaneutralität ist für uns kein Selbstzweck, sondern die Grundlage für Wohlstand, Sicherheit, Lebensqualität und gute Arbeitsplätze in Europa. Deshalb stehen wir Grüne zum European Green Deal und werden auch in der kommenden Legislaturperiode die Strategie weiterentwickeln, bereits getroffene Beschlüsse umsetzen und neue Initiativen ins Leben rufen. Wir wollen Europas Wohlstand erneuern, indem wir ihn auf ein klimaneutrales Fundament stellen.

**GUT HOLZ GEGEN DEN KLIMAWANDEL**

Landwirt\*innen senken das Risiko von Ernteaussfällen, wenn sie auf ihren Äckern und Feldern auch Bäume und Sträucher pflanzen. Die Gehölze schützen vor Dürre und Starkregen. Ein von der EU gefördertes trinatio- nales Projekt will dafür sorgen, dass mehr dieser sogenannten Agroforst- systeme entstehen.

Eine Fahrt über Land kann heutzutage ein ziemlich ödes Naturerlebnis sein. Kein Baum, kein Strauch – nur die weiten eintönigen Flächen industrialisierter Landwirtschaft. Vor einigen Jahrzehnten sah es dort oft noch ganz anders aus, wie alte Fotos zeigen. Auf Äckern und Weiden standen Bäume und Sträucher, die Felder waren gesäumt von Hecken. Die Gehölze lieferten Brennholz und Früchte, schützten vor Wind, spendeten Schatten – und waren Lebensraum für verschiedene Tier- und Pflanzenarten. Die Flurbereinigung machte dieser heute sogenannten Agroforstwirtschaft aber den Garaus.

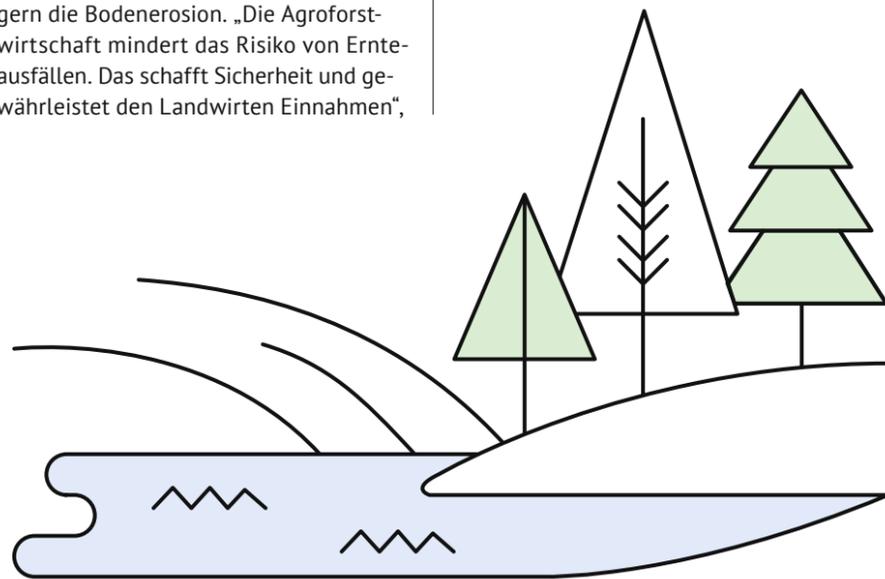
Aufgrund des Klimawandels besinnen sich nun jedoch mehr und mehr Bäuer\*innen auf Bäume, Sträucher und Hecken an ihren Feldern zurück, denn die Gehölze mildern die Auswirkungen von Extrem- wetter-Ereignissen. Sie sorgen dafür, dass bei Dürre mehr Wasser im Boden bleibt, sie halten Starkregen zurück und verrin- gern die Bodenerosion. „Die Agroforst- wirtschaft mindert das Risiko von Ernteaussfällen. Das schafft Sicherheit und ge- währleistet den Landwirten Einnahmen“,

erklärt Agroforstexperte Jörg Böhmer von der Hochschule Trier. Aber auch Natur und Gesellschaft kommen Agroforste zu Gute: Das Konzept dient dem Hochwasserschutz, fördert die Biodiversität und bindet CO<sub>2</sub>. Außerdem machen die Gehölze das Land- schaftsbild attraktiver, sodass der Erholungs- wert steigt.

**GUT FÜR LANDWIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT**

Bislang ist die Zahl der Agroforstflächen hier- zulande allerdings noch recht überschaubar. Um das zu ändern, haben Böhmer und seine Kolleg\*innen von der Hochschule Trier zu- sammen mit deutschen, belgischen und nieder- ländischen Partner\*innen aus Wissenschaft und Wirtschaft das von der EU kofinanzierte Projekt „AFaktive“ gestartet, das sich schwer- punktmäßig mit der Agroforstwirtschaft als Werkzeug für ein verbessertes Wassermange- ment befasst. Fast sechs Millionen Euro ste- hen für das Projekt zur Verfügung, mehr als die Hälfte übernimmt davon die EU.

Als ihre zentrale Aufgabe sehen es die AFaktive-Partner, den Nutzen der Agroforst- wirtschaft für Landwirt\*innen und die Gesell- schaft sichtbar und nachvollziehbar zu machen. Dazu untersuchen die Expert\*innen anhand von Messungen an verschiedenen Standorten, wie sich das Konzept auf den jeweiligen

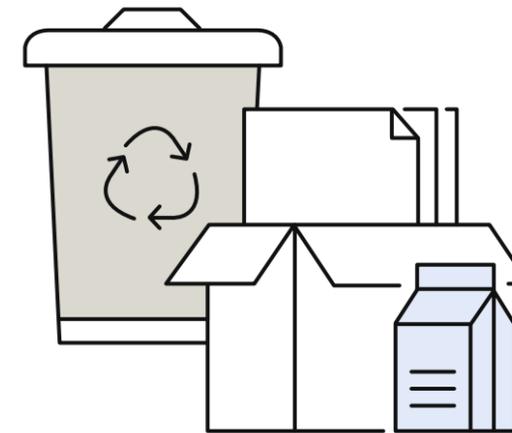


Wasserhaushalt auswirkt – etwa bei ei- nem großen landwirtschaftlichen Betrieb in Sachsen-Anhalt, der schon heute unter der Dürre leidet. „Dort werden in die Felder Streifen mit schnell wachsenden Gehölzen wie Pappeln gesetzt“, erläu- tert AFaktive-Projektleiter Böhmer. „Sie sorgen unter anderem dafür, dass der Wind den Boden bei Dürre nicht so stark austrocknet. Damit bleibt mehr Wasser für das Getreide übrig.“ Zudem sollen die Gehölzstreifen bewirtschaftet werden und so Biomasse für die klimaneutrale Erzeugung von Strom und Wärme liefern.

Neben Beratung und Analyse entwickeln die AFaktive-Partner auch digitale Tools, mit denen sich Agroforst-Vorhaben ein- facher planen und umsetzen lassen. Und führen zusammen mit Landwirt\*innen Pilotprojekte etwa zum Hochwasserschutz durch. „Dafür sprechen wir mit Kommu- nen und Behörden darüber, was die Agro- forstwirtschaft für den regionalen Wasser- haushalt und den Hochwasserschutz lei- sten kann. Und wir unterstützen sie dabei, eigene Projekte aufzusetzen“, sagt Böhmer.

**BEITRAG ZUM EUROPÄISCHEN GREEN DEAL**

Wer ein Agroforstsystem einrichten will, muss gerade zu Beginn investieren, denn die Pflanzung der Gehölze kostet viel Geld. Deshalb hat die EU bereits vor vielen Jahren im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) die Voraussetzungen für die Förderung der Agroforstwirtschaft geschaffen. Die Bundesregierung hat diese Möglichkeit aufgegriffen und erst- mals auch in Deutschland klare Rahmen- bedingungen für Agroforstwirtschaft geschaffen. „Seitdem ist das Interesse der Landwirtschaft spürbar gestiegen“, be- richtet Böhmer. Allerdings sollten Bund und Länder gezielter fördern und büro- kratische Hürden abbauen. Das wäre auch mit Blick auf die Klimaziele der EU sinn- voll: „Die Agroforstwirtschaft verbindet Ökologie und Ökonomie auf vorbildhafte Weise“, betont der Experte. „Wenn es gelingt, das Thema in die Fläche zu brin- gen, können Agroforstsysteme einen wichtigen Beitrag zum Europäischen Green Deal leisten.“



**KLIMAFREUNDLICHER KREISLAUF**

Das Bremer Entsorgungsunternehmen Nehlsen entwickelt eine Anlage, die aus nicht recycle- baren Abfällen maßgeschneiderte Brenn- stoffe für die Industrie macht. Die Technologie dient dem Klimaschutz, fördert die Kreislauf- wirtschaft – und hilft dem Unternehmen, sein Geschäft zu internationalisieren.

Das Familienunternehmen Nehlsen ist Deutschlands fünftgrößter Abfallentsorger. Der Mittelständler sammelt vor allem Haushalts- und Gewerbemüll. Wo immer möglich, entstehen daraus neue Wertstoffe. Allerdings gibt es dabei Grenzen: Ist zum Beispiel Kunststoff zu stark verschmutzt, lässt er sich nicht mehr recyceln. Viele Unternehmen entsorgen solche Abfälle dann einfach in Müllverbrennungsanlagen, im Ausland werden sie mitunter sogar auf Deponien gekippt. „Eine vertane Chance, denn dafür ist das Material viel zu kostbar“, sagt Lutz Siewek, Prokurist der Nehlsen AG. Der Entsorger bereitet diese Abfälle auf und macht daraus sogenannte Ersatzbrennstoffe (EBS), die in der Regel eine flockenartige Konsistenz haben und zu Ballen gepresst werden können. Diese EBS sind eine hochwertige, vergleichsweise klima- freundliche Alternative zu Erdgas, Öl und Kohle. „Zement- und Klinkerhersteller zum Beispiel können damit Prozesswärme erzeugen, ohne fossile Brenn- stoffe verfeuern zu müssen“, erläutert Siewek.

**BRENNSTOFFE AUS ABFALL**

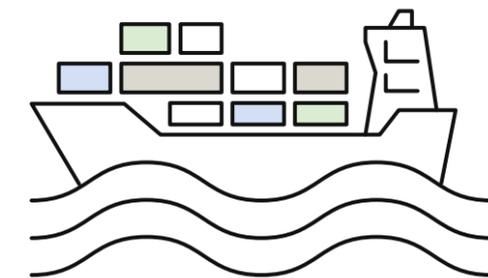
EBS herzustellen ist eine technisch sehr anspruchs- volle Aufgabe, da sich die Zusammensetzung des Abfallaufkommens ständig ändert. Die Industriebetrie- be benötigen aber Brennstoffe mit einheitlichen, genau definierten Eigenschaften. Deshalb entwickelt

Nehlsen nun eine neue EBS-Produktionsanlage, mit der sich das Potenzial der nicht recycelbaren Abfälle besser ausschöpfen lässt. Unterstützt wird das Unter- nehmen darin von der EU. Die Anlage macht es mög- lich, die Brennstoffe noch genauer auf die Bedürfnisse der Abnehmer zuzuschneiden. So können die Unter- nehmen EBS auch in industriellen Prozessen einsetzen, in denen das bislang aus technischen Gründen nicht möglich war. „Mit unserer neuen Anlage sorgen wir dafür, dass die Industrie mehr fossile Brennstoffe durch EBS ersetzen kann. Auf diese Weise helfen wir den Unternehmen, klimafreundlicher zu werden“, sagt Siewek.

**MIT INFRAROT UND KI**

Clou der neuen Anlage ist die Kombination aus Nah- infrarot-Geräten und einer KI-gestützten Qualitäts- kontrolle. Damit lassen sich alle Kunststoffarten und auch weitere Materialien im Müll exakt identifizieren. „Wir können diese dann so mischen, dass wir EBS mit genau den gewünschten Eigenschaften bekommen“, sagt Paul Hoffmeyer, Mitglied der Unternehmenslei- tung in vierter Generation. Dank der Flexibilität der Anlage kann Nehlsen schnell reagieren, wenn Kunden ihre Produktionsprozesse verändern. Der Entsorger passt die Brennstoff-Mischung dann einfach an.

Für Nehlsen ist die neue Anlage auch deshalb ein unternehmerischer Meilenstein, weil sie die Interna- tionalisierung des Unternehmens voranbringt. „Wir können dort Materialien aus ganz Europa verarbeiten, um dann mit den produzierten EBS internationale Kunden zu beliefern“, erklärt Siewek. Das stärkt die Wettbewerbsposition des Unternehmens. Dabei hilft dem Entsorger auch die Lage nahe der Nordsee: Die Anlage entsteht im Hafen der Hansestadt, so- dass Abfall und Brennstoffe klimafreundlich und kos- tengünstig per Schiff transportiert werden können. Zudem ist das Gelände an das Schienennetz ange- schlossen. Und das Projekt stärkt auch den Standort Bremen: Bis zu 40 neue Arbeitsplätze werden durch die neue Produktionsanlage entstehen.



**FAIR SHARE**

Um die öffentlichen Leistungen eines demo- kratischen Gemein- wesens zu finanzieren, müssen alle einen Bei- trag leisten. Deshalb setzen sich die Grünen für mehr Steuergerech- tigkeit in der EU ein.

**170 MRD. €**

und mehr entgehen der EU jährlich durch Steuer- missbrauch. Dabei sind längst nicht alle Praktiken illegal. Es gibt immer noch zu viele legale Mög- lichkeiten, um Steuern zu vermeiden. Auch in Euro- pa wird es Steueroasen leicht gemacht: An vier- ter Stelle der Steueroasen im weltweiten Vergleich stehen die Niederlande.

**16 LÄNDER**

stehen auf der offiziel- len EU-Liste der Steuer- oasen, darunter klas- sische Steuerparadiese wie Belize, Panama, die Seychellen, aber auch Russland. Die Grünen fordern, diese Liste zu vervollständigen und Länder mit einem Steu- ersatz von null Prozent wie die Cayman Islands automatisch dort auf- zuführen.

**40,6 %**

des Bruttoinlandspro- dukts in der EU werden durch Steuern erwirt- schaftet. Über die Hälfte davon speist sich aus der Einkommenssteuer und Sozialabgaben. Arbeit wird in der EU damit deutlich höher be- steuert als Kapital oder Kosumgüter.

**Quellen:** Wahlprogramm Die Grünen; Tax Justice Network; Europäischer Rat; Europäische Kommission/Annual Report on Taxation

# Gute Nacht und Bonjour!

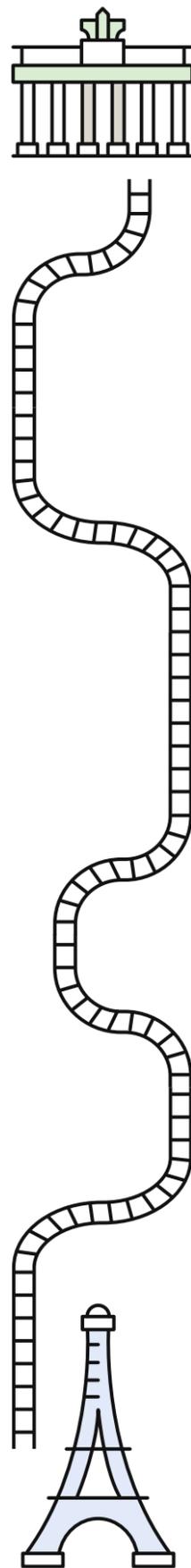
Seit Ende vergangenen Jahres fährt wieder ein Nachtzug zwischen Berlin und Paris. Warum gute Verbindungen für die europäische Identität so wichtig sind – und solche Züge dabei keine geringe Rolle spielen.

Im Jahr 2016 verkündete „Le Monde“ das Aus für den Nachtzug. „Le train de nuit, c’est fini“, klagte die französische Tageszeitung in schwarzen Lettern. Rückblickend muss man sagen: Den Tod dieser Reiseform hat die Redaktion eindeutig zu früh festgestellt. Es genügt der Blick auf die Abfahrtstafel am Berliner Hauptbahnhof, wo Nachtzüge nach Stockholm, Zürich, Graz, Budapest oder Brüssel gelistet sind. Seit Dezember 2023 darunter auch wieder eine Overnight-Verbindung nach Paris.

Mit der Entscheidung, einen „Nightjet“ zwischen Berlin und der französischen Hauptstadt aufs Gleis zu setzen, hat das österreichische Bahnunternehmen ÖBB eine Schlüsselstrecke in Europa wiederbelebt. Solche Verbindungen sind wichtig, um Europa als Union erleben zu können – kulturell, ökonomisch und gesellschaftlich. Um diese Verbindungen zu vertiefen – gerade auch auf einer europäischen Hauptachse –, kann die neue Nachtzuglinie einen wichtigen Beitrag leisten.

Die Renaissance dieser Zuglinie ist ein weiterer Beweis, dass es Europa mit seiner grünen Agenda ernst meint und gute Schienenverbindungen auch über Landesgrenzen hinweg schaffen will. Noch haben Züge das Flugzeug als Transportmittel der Wahl nicht ganz abgelöst. Es geht zwar viel voran, aber es bleibt viel Luft nach oben. Warum zum Beispiel gibt es tagsüber keine direkten Züge zwischen Berlin und Brüssel, Mailand oder Genf? Und warum sind die Fahrkarten oft so wahnsinnig teuer?

Der neue Nachtzug Berlin-Paris ist natürlich auch nicht billig. Aber für sein Geld bekommt man immerhin das einmalige Vergnügen, am Abend in einem frisch überzogenen Bett im Hügelland Thüringens einzuschlafen und am Morgen darauf in Frankreich aufzuwachen. Als ich Anfang Februar den Nightjet nach Paris nahm, war ich schon sehr früh wach. Der beginnende Tag eröffnete nach der Blindheit der Nacht den Blick auf eine weiche Decke aus Morgennebel über einem neuen Land. Für mich gibt es fast nichts



Schöneres. Ich sah die Sonne im Tal der Marne aufgehen, die Weinberge der Champagne und die Pariser Vororte im sanften Morgenlicht, bis wir dann pünktlich um 9.39 Uhr am Gare de l’Est in Paris ankamen.

Natürlich ist dieser Nachtzug in erster Linie ein Zug. Man kann in ihm aber auch ein Symbol für den Geist Europas sehen: Das immer dichter werdende Netz an Zugverbindungen lässt auch eine andere Wahrnehmung des Kontinents entstehen. Neuerdings fährt dreimal die Woche eine Nachtlinie von Halle in die Karlstadt Aachen. Zum ersten Mal seit einem Jahrzehnt können Reisende von München über Nacht sowohl nach Krakau als auch nach Warschau fahren. Seit März sind auch Dresden und Brüssel ein Paar, das ein Nachtzug zusammengebracht hat. So kommen sich Städte und Menschen in den Köpfen wieder näher.

Und es gibt noch einen anderen Grund für die Renaissance des Nachtzugs: Selbst wenn man die meiste Zeit an Bord schläft, ist Zugfahren über Nacht eine bewusster Form des Reisens. Man hebt eben nicht nur einfach ab und landet kurz darauf wieder. Mit dem Nachtzug ist immer auch der Weg das Ziel – und die Reise von spät bis früh ein besonderes Erlebnis.

Die britische Autorin Nicky Gardner hat mit Susanne Kries den Reiseführer „Europe by Rail: the definitive Guide“ verfasst, der gerade in der 17. Auflage erschienen ist. Sie lebt in Berlin.

## EUROPA VERBINDEN!

Europa gründet sich auf guten Verbindungen. Im Zentrum unseres Wahlprogramms für das EU-Parlament steht deshalb das Konzept der Infrastrukturunion aus Schienen, Wasserstoffnetzen, Glasfaserleitungen, Stromtrassen, Windparks und sozialen Institutionen wie Krankenhäusern, Schulen oder Kitas. Die Infrastrukturunion wird Europa nach innen und außen stärken. Europa muss weiter zusammenwachsen, um im globalen Wettbewerb bestehen und neue Standards setzen zu können – für Wirtschaft, Umwelt und den Wohlstand seiner Bürger\*innen.



### MICHAEL BLOSS

Mit der vergangenen Europawahl zog Michael ins EU-Parlament ein, wo er seither engagiert für ein klimaneutrales Europa kämpft.

**Warum ist grüne Energie ein wirtschaftlicher Wettbewerbsvorteil?** Weltweit investieren Unternehmen und Regierungen in die Modernisierung der Wirtschaft. Heute schon fährt das meistverkaufte Auto der Welt elektrisch und in immer mehr Ländern wird immer mehr Strom aus erneuerbaren Energien produziert. Der einfache Grund dafür ist, dass Strom aus Sonne und Wind unschlagbar günstig ist und damit einen handfesten Wettbewerbsvorteil schafft. Das bedeutet enorme Chancen für die Vorreiter in den Technologien der Klimaneutralität. Unternehmen wie der Halbleiterhersteller Intel oder der Batterieerzeuger Northvolt siedeln sich dort an, wo ausreichend erneuerbare, günstige Energie zur Verfügung steht. Das zeigt: Wer jetzt schnell handelt, profitiert langfristig. Die USA zum Beispiel investieren schon im großen Stil in ihre Klimaindustrie. Europa muss nachziehen und die Weichen für den klimafreundlichen Wohlstand stellen. Unternehmen und Länder, die diese Modernisierung vorantreiben, haben die Chance, an der Spitze der Entwicklung zu stehen und nachhaltig zu profitieren.

**Wie kann die EU ihre Abhängigkeit von kritischen Rohstoffen weiter reduzieren?** Die EU importiert einen Großteil ihrer kritischen Rohstoffe wie Kupfer, Lithium und Kobalt aus einigen wenigen Ländern. Das macht die Lieferketten anfällig. Deshalb haben wir in der EU das Gesetz zu kritischen Rohstoffen verabschiedet, das durch strategische Partnerschaften und mehr Abbau innerhalb Europas die Lieferketten ausweiten und absichern soll. Wir setzen uns im Europaparlament dafür ein, dass faire und ökologische Standards für den Abbau gelten – egal wo. Doch ein komplett nachhaltiger Bergbau bleibt unmöglich. Die Lösung heißt Kreislaufwirtschaft. Nur dieses Wirtschaftsmodell spart wertvolle Rohstoffe, schützt das Klima und stärkt die Resilienz unserer Lieferketten. Wir Grüne haben deshalb in dieser Legislaturperiode viele Gesetze zur Förderung der Kreislaufwirtschaft vorangetrieben, darunter das Recht auf Reparatur und Nachhaltigkeitsstandards für alle Produkte im Rahmen der Ökodesign-Richtlinie. Diese Arbeit wollen wir mit ungebremstem Elan fortführen.



### ANNA CAVAZZINI

wurde 2019 ins Europaparlament gewählt, wo sie dem Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz vorsitzt und an der Umsetzung des European Green Deal arbeitet.



### JUTTA PAULUS

Aus der Pfalz nach Europa: Seit 2019 sitzt Jutta im EU-Parlament und ist dort umweltpolitische Sprecherin der Grünen/EFA-Fraktion.

**Inwiefern müssen wir Wohlstand neu denken?** Nur mit grüner Politik kann Wohlstand dauerhaft und generationenübergreifend gesichert werden. Statt uralte Schmutztechnologien künstlich am Leben zu erhalten, setzen wir auf Europa als Innovationsmotor. Mit dem Ausbau erneuerbarer Energien und der Steigerung der Energieeffizienz stärken wir zudem Europas Energiesouveränität und verringern die Abhängigkeit von Energieimporten. Aber auch der Schutz unserer ökologischen Lebensgrundlagen ist wichtig für künftigen Wohlstand. Sauberes Wasser, gute Luft und eine giftfreie Umwelt sind Voraussetzungen für ein gutes Leben. Gesunde und fruchtbare Böden und intakte Ökosysteme sichern unsere Ernährung und schaffen ein Auskommen für unsere Landwirt\*innen. Um das alles zu erhalten, müssen wir den European Green Deal jetzt weiter umsetzen. Deshalb werden wir uns auch in der neuen Legislaturperiode mit ganzer Kraft für den sozial-ökologischen Wandel, eine echte Kreislaufwirtschaft und eine bessere Vernetzung von Natur- und Klimaschutz einsetzen.

**Wie können Landwirt\*innen europaweit gestärkt werden?** Die Bauern gehen in ganz Europa auf die Barrikaden. Den Frust über die überbordende Bürokratie der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) kann ich gut verstehen. Wir Grüne haben gegen die komplizierte GAP gestimmt. Aber die Landwirt\*innen sollten dabei nicht nationalistischen Rattenfängern auf den Leim gehen. Die Ernteergebnisse der vergangenen Jahre zeigen, dass vor allem Dürre, Hitze und Hochwasser die Lebensmittelproduktion zunehmend beeinträchtigen. Die Entscheidung der Kommission, zur Intensivierung in der Landwirtschaft zurückzukehren, ist völlig verfehlt. Wir brauchen keine höhere Produktion auf Kosten des Klimas und der Biodiversität, sondern eine bessere Anpassung unserer Agrarsysteme an Klimaextreme. Bauern, die nachhaltig produzieren, müssen mehr Geld bekommen. Außerdem müssen die Verträge fairer werden: Immer noch sitzt der Handel am längeren Hebel und kann die Preise drücken. Wir wollen in ganz Europa für eine GAP kämpfen, die die planetaren Grenzen respektiert und den Bäuer\*innen ein planbares Auskommen sichert.



### MARTIN HÄUSLING

sitzt bereits seit 2009 im Europäischen Parlament, wo der Agrartechniker agrarpolitischer Sprecher der Grünen/EFA-Fraktion ist.



Die Balance muss stimmen: Soziale Gerechtigkeit ist auch eine Frage des Ausgleichs. Wenige sollen nicht viel und viele nicht nur wenig haben.

## KAPITEL 2: WAS GERECHTIGKEIT SCHÜTZT

Soziale Errungenschaften und Fortschritte müssen insbesondere auch in schwierigen Zeiten verteidigt, verbessert und gestärkt werden. Deshalb kämpfen wir für gerechte Arbeitsbedingungen, mehr Mitsprache und gegen Willkür und Ausbeutung in ganz Europa. Soziale Gerechtigkeit über nationale Landesgrenzen hinweg stärkt alle Demokratien in Europa.

## Unisono für gute Arbeit

Europäische Betriebsräte sollen den Mitarbeiter\*innen multinationaler Unternehmen in der EU eine Stimme geben. Diese Form von Mitbestimmung im Arbeitsleben stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Selbstwirksamkeit der Mitarbeitenden über Ländergrenzen hinweg – und so letztendlich auch die Demokratie in Europa.

Es war ein Klassiker: Ein amerikanischer Konzern für Gesichts- und Körperpflegeprodukte forderte irgendwann in den 1980er-Jahren seine deutsche Belegschaft auf, auch an Samstagen zu arbeiten, wie eben auch die spanischen Kolleg\*innen. Die Mitarbeiter\*innen ließen sich so von der Samstagsarbeit überzeugen. Ein paar Monate später hieß es dann: Ihr müsst wie die Spanier\*innen auch am Sonntag arbeiten. Damals gab es noch kein Gremium, das dem multinationalen Konzern auf die Finger hätte schauen können. Aber ein deutsches Betriebsratsmitglied griff zum Telefon und rief die spanischen Kolleg\*innen an. Die berichteten, dass die Unternehmensführung gleichzeitig auch in Spanien auf Wochenendarbeit drang – mit Hinweis auf die angeblichen Arbeitszeiten in Deutschland. Letztendlich konnte der Konzern weder in Spanien noch in Deutschland Wochenendarbeit durchsetzen.

### ÜBER GRENZEN HINWEG

„Wenn sich die Mitarbeiter in Europa austauschen, kann das Management die Standorte nicht mehr mit unwahren Behauptungen gegeneinander ausspielen“, sagt Werner Altmeyer, für den diese Geschichte beispielhaft zeigt, warum jedes grenzübergreifend arbeitende Unternehmen in der EU einen Europäischen Betriebsrat (EBR) haben sollte. Dieses Gremium besteht aus Vertreter\*innen aus der Arbeitnehmerschaft aller Länder, in denen das Unternehmen tätig ist. Sie werden alle vier Jahre von der gesamten

Text: Lena Herbst

## 2. WAS GERECHTIGKEIT SCHÜTZT

Belegschaft gewählt, um die Interessen der Arbeitnehmer\*innen über Ländergrenzen hinweg zu vertreten. Die Betriebsrät\*innen können so grenzüberschreitend faire und gerechte Arbeitsbedingungen fordern und für ihre Kolleg\*innen bis zu einem gewissen Grad die Bedingungen am Arbeitsplatz mitgestalten. „Betriebsratsarbeit ist Demokratie im Unternehmen. Es geht ja nicht, dass Personaler und das Management entscheiden, ohne Rechenschaft über ihr Fairplay ablegen zu müssen“, sagt Altmeyer.

Es gibt wenige Menschen in Deutschland, das kann man ohne Übertreibung so schreiben, die mehr über Europäische Betriebsratsarbeit wissen als Werner Altmeyer. Er leitet die „EWC Academy“ in Hamburg, die für Mitglieder Europäischer Betriebsräte Schulungen, Workshops und Weiterbildungen anbietet. Ein gutes Miteinander unter den EBR-Mitgliedern mit ihren unterschiedlichen Hintergründen kann man lernen. Mit betrieblicher Mitbestimmung beschäftigt Altmeyer sich schon seit seiner Zeit als Auszubildender in der Stahlindustrie. Damals ist ihm klar geworden, dass er als Mitglied eines Betriebsrats – und sei es nur die Azubi-Vertretung – etwas bewirken kann. Schließlich promovierte Altmeyer nach einem Wirtschaftsstudium in Hamburg zum Thema Europäische Betriebsräte. Dafür recherchierte er Mitte der 1990er-Jahre jeweils ein halbes Jahr in Paris, London und Madrid und lernte die Arbeit der dortigen Betriebsräte kennen. „Ich wollte verstehen, wie die lokalen Betriebsräte arbeiten und die lokalen Gepflogenheiten kennenlernen.“

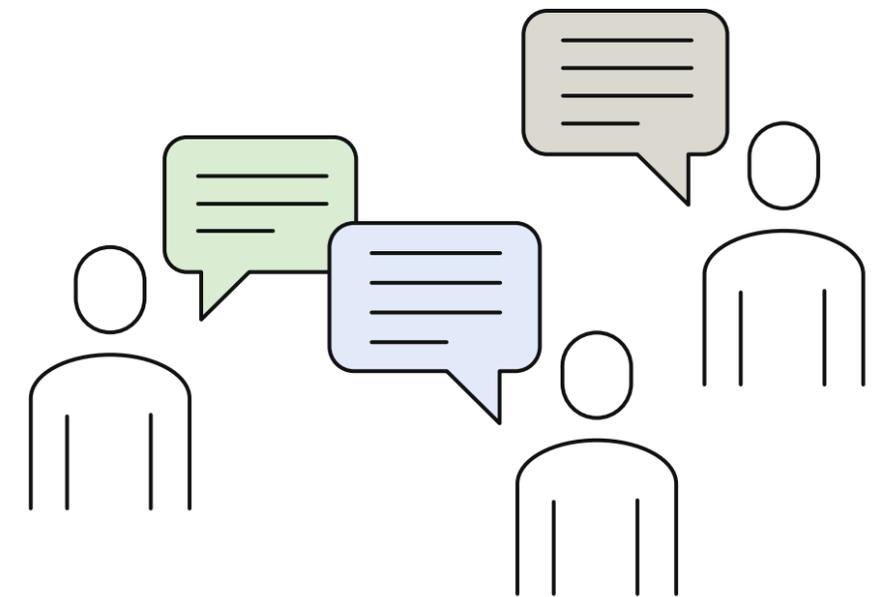
„Betriebsratsarbeit ist Demokratie im Unternehmen.“

WERNER ALTMAYER

Altmeyer war damit zur rechten Zeit an den rechten Orten: Denn 1994 verabschiedete die Europäische Gemeinschaft die Richtlinie 94/45/EG „über die Einrichtung eines Europäischen Betriebsrats oder die Schaffung eines Verfahrens zur Information und Konsultation der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen“. Jedes Unternehmen mit mindestens tausend Mitarbeiter\*innen, von denen mindestens jeweils 150 Mitarbeiter\*innen in mindestens zwei EU-Ländern arbeiten, muss seitdem eine grenzüberschreitende Arbeitnehmervertretung mit Konsultations- und Informationsrechten schaffen.

### MITBESTIMMUNG ALS MEILENSTEIN

Besonders wichtig: Die Richtlinie schließt auch internationale Konzerne ein, die ihren Hauptsitz nicht in der EU haben, aber Niederlassungen in einem europäischen



Land. „Die Richtlinie war ein Meilenstein für ein faires Miteinander von Management und Mitarbeiter\*innen – auch auf europäischer Ebene“, sagt Altmeyer. Und eine Entscheidung, die längst überfällig war. Schließlich hatten Gewerkschaften in ganz Europa schon seit den 1960er-Jahren die Einrichtung grenzübergreifender Betriebsräte gefordert. Nach der Verabschiedung der Richtlinie kam es zu einem EBR-Boom. 1996 waren es rund 400, heute gibt es knapp 1200 EBRs in Europa.

**WISSEN, WAS LOS IST**

Doch in der Praxis ist es manchmal gar nicht einfach, über Grenzen hinweg und angesichts verschiedener Arbeitskulturen und arbeitsrechtlicher Bestimmungen eine gemeinsame Stimme zu finden. Altmeyer merkte auf seinen Recherchereisen zu betrieblicher Mitbestimmung schnell, wie unterschiedlich betriebliche Mitbestimmung in Europa funktioniert. Während in Deutschland die Betriebsräte von ihren Jobs, je nach Arbeitsaufwand, teilweise oder ganz freigestellt werden und oft ein eigenes Büro erhalten, läuft in Frankreich vieles nicht ganz so strukturiert ab. „Das politische Bewusstsein der Arbeitnehmer\*innenschaft ist groß, aber die Rahmenbedingungen sind nicht so professionell“, sagt Altmeyer. Ähnlich sei es auch in anderen Ländern wie zum Beispiel Spanien.

Diese Beobachtung bestätigt auch Stephan Sielemann. Er ist Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats bei Teleperformance, einem multinationalen Call-Center-Anbieter mit weltweit 500.000 Mitarbeiter\*innen. Wenn die französischen Kolleg\*innen diskutierten, sei das viel emotionaler. Dann werde es auch mal lauter. Seit 2015 ist Sielemann der Vorsitzende des SE-Betriebsrates (eine spezielle Form eines Europäischen Betriebsrates) des Konzerns. „Der Betriebsrat ist mittlerweile so etwas wie eine große Familie für mich, die ich um Hilfe bitten kann, wenn Not am Mann ist“, sagt er. 18 Länder sind im grenzüberschreitenden Betriebsrat von Teleperformance vertreten. Ein- bis zweimal im Jahr treffen sich die 22 Vertreter\*innen der jeweiligen Länder in Brüssel oder Paris, um über wichtige Themen zu sprechen. Dabei wird simultan

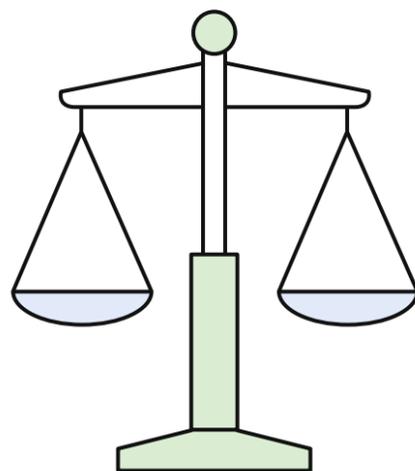
**„Verhandlungen auf Augenhöhe führen.“**

**DANIELA SCHIERMEIER**

gedolmetscht. Meist geht es um aktuelle Probleme. Wo zum Beispiel stehen firmeninterne Veränderungen an, wo Kürzungen oder Entlassungen?

**FAIR UND GERECHT**

Ein EBR kann keine vom Management getroffenen Beschlüsse ändern. Er hat kein Veto-recht, wenn irgendwo Fabriken geschlossen werden oder Anteile der Firma verkauft werden. Aber er kann darauf drängen, diese für die Belegschaft schmerzhaften Entscheidungen sozialverträglich umzusetzen. Ein Nebeneffekt, der nicht zu unterschätzen ist: Die Mitarbeiter\*innen fühlen sich gehört und sehen ihre Belange berücksichtigt – und das wiederum spiegelt sich im Betriebsklima des Unternehmens wider. Bei wichtigen Entscheidungen wie zum Beispiel Restrukturierungen fahren die jeweiligen Vorsitzenden des Betriebsrats in die betroffenen Länder, um sich dort die Sorgen und Nöte der Belegschaft anzuhören und sich ihren Fragen zu stellen. Mit diesem



Input können die EBR-Mitglieder dann die Konzernführung konfrontieren. Aber ein EBR ist nicht nur Mittler zwischen Mitarbeiterschaft und Geschäftsführung. Er kann Prozesse auch bis zu einem gewissen Grad gestalten, indem er zum Beispiel Richtlinien ausarbeitet, damit Umstrukturierungsmaßnahmen fair und gerecht ablaufen. So eine Richtlinie kann eine Konzernführung nicht einfach ignorieren.

Vor fünf Jahren erfuhr Daniela Schiermeier von ABB, dass ein großer Geschäftsbereich verkauft werden soll. Als Europäische Betriebsratsvorsitzende des Technologiekonzerns für Elektrifizierung und Automation handelte sie Mindeststandards für Personalabbau aus. Damit konnten in den Ländern bessere Abfindungspakete geschnürt und Vorruhestandskonzepte umgesetzt werden, was die Entlassungen sozialverträglicher gestaltete. „Die Verhandlungen wurden damals auf Augenhöhe geführt“, sagt Schiermeier. Aber schlussendlich, das weiß sie auch, hängt viel vom guten Willen des Managements ab. Die Führungsetage muss bereit sein, den EBR und seine Vorstellungen zu hören und als Repräsentanten der Mitarbeiterschaft zu respektieren. Sie hofft, dass die Zusammenarbeit mit der ABB-Führung weiterhin so gut bleibt. Aber das kann sich eben auch ändern. Fragt man Altmeyer und Sielemann, was die Arbeitsbedingungen der EBRs selbst besser machen könnte, antworten deshalb beide unisono: Mehr Rechte!

**GUTE ARBEIT ORGANISIEREN!**

Wir wollen Mitbestimmungsmöglichkeiten für europäische Arbeitnehmer\*innen stärken und ausbauen. Deshalb fordern wir, die Rechts-sicherheit und die Durchsetzungsfähigkeit Europäischer Betriebsräte zu verbessern. Wir setzen uns für eine neue Rahmenrichtlinie zur Unter-richtung, Anhörung und Beteiligung von Arbeitnehmer\*innen ein. Teilhabe und Mitbestimmung über Grenzen hinweg stärken das europäische Zusammenhörigkeits-gefühl und letztendlich auch das Vertrauen in die Demokratie.

**Gleiches Recht für alle**

Soziale Sicherheit stärkt die Demokratie. Wer keine Existenzangst haben muss, kann den Herausforderungen der Zukunft zuversichtlich begegnen. Doch dafür müssen Arbeitsbedingungen fair und die Absicherung im Notfall verlässlich sein. Sechs grüne Forderungen und Maßnahmen für mehr soziale Gerechtigkeit in Europa.

**MINDESTLÖHNE ERHÖHEN**

Die EU-Mindestlohnrichtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten dazu, angemessene Mindestlöhne nachvollziehbar festzulegen. Die Grünen wollen der EU-Empfehlung folgen, den Mindestlohn an 60 Prozent des Medianlohns zu koppeln. Wenn das konsequent umgesetzt wird, haben Millionen von Menschen in Europa künftig ein höheres Einkommen. Der Mindestlohn in Deutschland würde auf circa 14 Euro steigen.

**TARIFBINDUNGEN AUSWEITEN**

Verbindliche Tarifverträge sind eine wichtige Grundlage für gute Arbeitsbedingungen. Doch die Tarifbindung vieler Branchen auch in Deutschland sinkt seit Jahren. Die Grünen wollen diesen Trend umkehren und fordern eine möglichst große Reichweite für Tarifverträge. Mitgliedstaaten der EU, in denen weniger als 80 Prozent der Arbeitsverhältnisse tarifvertraglich abgedeckt sind, sollen einen Aktionsplan vorlegen.

**LOHNGERECHTIGKEIT DURCHSETZEN**

In Europa verdienen Frauen für ihre gleichwertige Arbeit im Schnitt 13 Prozent weniger als Männer. Die Grünen wollen die neue EU-Richtlinie zur Lohngleichheit deshalb konsequent anwenden und ein Entgeltgleichheitsgesetz durchsetzen. Unternehmen jeder Größe sind gefordert, Informationen zu ihrer Lohnstruktur zu veröffentlichen und über Maßnahmen zu berichten, um den Gender Pay Gap zu schließen.

**FREIZÜGIGKEIT STÄRKEN**

Die Freizügigkeit ist ein Grundprinzip der EU. Sie bedeutet, dass theoretisch EU-Bürger\*innen in allen Mitgliedstaaten arbeiten können. Damit das auch im Alltag besser funktioniert, setzen sich die Grünen dafür ein, die Sozialversicherungssysteme der EU-Mitgliedstaaten besser zu koordinieren. Mit einem Europäischen Sozialversicherungsausweis wären beispielsweise Ansprüche auf soziale Leistungen leichter übertragbar.

**ARBEITSLOSIGKEIT RÜCKVERSICHERN**

Gerade in Zeiten großer Krisen ist es wichtig, dass der Sozialstaat funktioniert. Die Grünen möchten deshalb eine Arbeitslosenrückversicherung für alle Mitgliedstaaten einführen. Diese soll gewährleisten, dass in wirtschaftlichen Ausnahmesituationen über Kredite schnell Hilfe bereitgestellt werden kann, um Phasen hoher Arbeitslosigkeit zu überbrücken und Kurzarbeit zu ermöglichen.

**SOZIALSTANDARDS FESTLEGEN**

Europa muss seine Bürger\*innen besser vor Armut schützen. Deshalb fordern die Grünen, dass die Empfehlung der EU zur sozialen Mindestsicherung rechtsverbindlich wird. Die dafür notwendige Richtlinie soll Standards enthalten, aus denen sich einklagbare Rechte auf Sozialleistungen ableiten lassen. Voraussetzung ist, dass alle Mitgliedstaaten ihre Sozialsysteme entsprechend ausbauen und ihre soziale Infrastruktur ausbauen.

ANZEIGE

**100 % Ökostrom für die Energiewende in Bürgerhand**



**Wechseln Sie jetzt zu den Bürgerwerken!**

Wir versorgen Sie mit **100 % Ökostrom** und Sie sorgen mit Ihrem Strombezug dafür, dass Energiegenossenschaften noch mehr Solar- und Windkraftanlagen in Bürgerhand bauen können.



**GUTSCHEINCODE:**  
**gruene-04-24**  
gültig bis 30.06.2024



→ [www.buergerwerke.de/oekostrom](http://www.buergerwerke.de/oekostrom)



## Mein erstes Mal

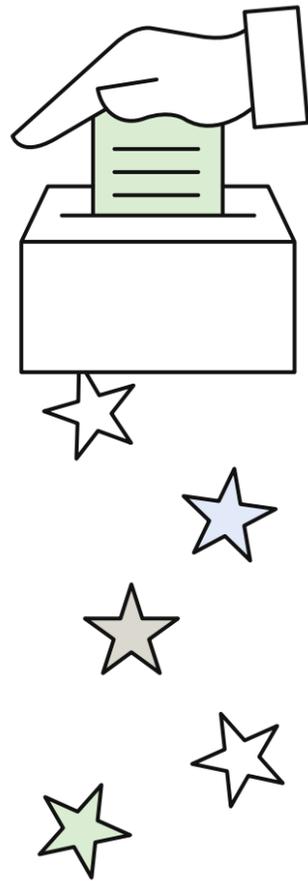
Eine Frage der Generationengerechtigkeit: Zum ersten Mal dürfen Jugendliche schon ab 16 Jahren an der Wahl für das Europaparlament teilnehmen. Dafür haben wir Grüne uns lange eingesetzt. Wir haben vier Jugendliche aus allen Teilen Deutschlands gefragt, was ihnen ihr Wahlrecht und Europa bedeuten.

### MORITZ: „OFFENHEIT IST WICHTIG“

Für mich ist die Europawahl im Juni gar nicht die erste Wahl. Ich habe auch schon bei der Bürgermeister- und der Landtagswahl von Schleswig-Holstein meine Stimme abgegeben. Das Europaparlament zu wählen, ist jedoch noch einmal etwas anderes, richtig großes. Gut finde ich an der EU, dass alle Entscheidungen gemeinsam getroffen werden und alle Länder ihre Interessen einbringen können. Für mich persönlich ist die Offenheit in Europa sehr wichtig. Und die Möglichkeit, unkompliziert in andere Länder reisen und dort auch studieren oder arbeiten zu können. Seit ich mit meinen Eltern zweimal in Schweden im Urlaub war, bin ich fasziniert von diesem Land. Die Natur ist unglaublich vielfältig und ganz anders als bei uns. Dort möchte ich gerne mal eine Zeit lang leben.

### LIESE: „ZUSAMMENHALT BEIM KLIMASCHUTZ“

Ich finde es sehr gut, dass man für das Europaparlament jetzt schon mit 16 wählen kann. Die Meinung der Jugend wird sonst zu wenig repräsentiert. Wir haben einen anderen Blick auf Europa. Aber auch auf das Thema Klimaschutz, für das ich mich auch selbst sehr engagiere und bei Fridays for Future demonstriere. In den einzelnen Ländern wird zwar schon einiges dafür getan. Länderübergreifende Kooperationen aber gibt es kaum, finde ich. So etwas sollte gestärkt werden, genauso wie der generelle Zusammenhalt zwischen den Ländern. Und wir könnten uns auch das eine oder andere von unseren Nachbarn



### MORITZ F. (17) AUS KIEL

macht im kommenden Jahr Abitur und will danach ins Ausland.

### LIESE K. (17) AUS DRESDEN

will Grundschullehrerin werden und singt in einer Band.

### HANNES M. (16) AUS HÜLBEN

auf der Schwäbischen Alb spielt Tennis im Verein und trainiert den Nachwuchs.

### LIV S. (16) AUS KIEDRICH

im Rheingau will später viel reisen und einen Beruf ergreifen, der mit Menschen zu tun hat.

abschauen. In Frankreich zum Beispiel ist mir das moderne Bahnsystem aufgefallen, als ich dort zum Schüleraustausch war. Auch das ist wichtig für den Klimaschutz.

### HANNES: „GEMISCHTE GEFÜHLE“

Dass ich schon mit 16 wählen darf, bedeutet mir viel. Die Politik versucht ja immer, der Gesellschaft zu gefallen – nun haben wir Jugendlichen endlich auch ein Sprachrohr und die Politik muss uns ernst nehmen. Europa ist mir wichtig, vor allem wegen des wirtschaftlichen Zusammenhalts. Und es ist schön, dass so viele Menschen zusammenstehen und sich mit dem Kontinent und seinen Werten identifizieren. Aber im Bezug auf die EU habe ich eher gemischte Gefühle. Sie erscheint mir eher bürokratisch als demokratisch. Manchmal habe ich den Eindruck, dass der Wille der Wähler zwischen den ganzen Regeln versandet. Trotzdem werde ich natürlich wählen gehen. Ich denke, man sollte jede Chance nutzen, seine Meinung in die Politik einzubringen.

### LIV: „ICH WEISS, WO ICH STEHE“

Ich wähle im Mai zum ersten Mal, aber im Wählen habe ich trotzdem schon Übung. Immer wenn große Wahlen anstehen, werden diese in unserem Gymnasium für die Schüler\*innen nachgestellt – so richtig mit Urnen und Wahlkabinen. Die Ergebnisse unterscheiden sich allerdings oft kaum von den Ergebnissen der echten Wahlen. Vielleicht liegt das daran, dass viele Jugendliche von der politischen Haltung ihrer Eltern beeinflusst sind? Ich merke das jetzt vor der Wahl auch an mir selbst: Es ist gar nicht so einfach, sich abzugrenzen und eine eigene politische Position zu finden. Mir ist das aber ganz wichtig, zu wissen, wo ich stehe. Deshalb habe ich versucht, mich so gut wie möglich zu informieren – und habe jetzt eine eigene Meinung. Ich weiß jetzt nicht nur wie, sondern auch wen ich wähle.

Protokolle: Claudia Teibler



### KATRIN LANGENSIEPEN

Als erste Frau mit einer sichtbaren Behinderung im EU-Parlament setzt sich Katrin insbesondere für ein sozialeres Europa ein.

**Was kann die EU gegen soziale Ausgrenzung tun?** Soziale Ausgrenzung und Armut stehen in einem engen Zusammenhang. Deshalb sollte die Bekämpfung von Armut in der EU Priorität haben. Aber Sozialpolitik gehört bislang nicht gerade zu den Kernkompetenzen in Europa. Dabei kann die Situation von Armut betroffener oder armutsgefährdeter Menschen verbessert werden. Deshalb haben wir in dieser Legislaturperiode einen EU-Mindestlohn auf den Weg gebracht und einen Klima-Sozialfonds geschaffen als Entlastung von Haushalten, die sich gestiegene Kosten für Energie und Mobilität nicht leisten können. Für uns ist klar: Der European Green Deal muss sozial gerecht sein. Deshalb fordern wir zusätzlich die Einführung eines EU-Klimageldes für ärmere Haushalte. Außerdem müssen wir uns auch zur Grundversicherung Gedanken machen – gerade auch für armutsgefährdete Kinder. Mit der EU-Kindergarantie haben wir seit 2021 ein Instrument an der Hand, das wir jetzt in Deutschland umsetzen und dabei auch die Zivilgesellschaft einbinden wollen.

**Wie können EU-Mittel gerechter eingesetzt werden?** Es braucht nicht nur Ideen, sondern auch Geld. Deshalb soll der EU-Haushalt zuvorderst den Bedürfnissen der Menschen in Europa dienen und den Klimawandel bremsen. Es muss deutlich mehr in eine gemeinsame und klimagerechte europäische Infrastruktur investiert werden. Wir Grüne wollen die unlängst beschlossene strategische Investitionsplattform STEP in einen auskömmlich ausgestatteten Investitionsfonds umwandeln, der zum Beispiel den Ausbau sauberer Energien oder auch die Ansiedlung nachhaltig wirtschaftender Industrien aus EU-Geldern finanzieren soll. Auf der anderen Seite kämpfen wir auch dafür, dass klimaschädliche Subventionen in der kommenden Wahlperiode komplett abgebaut werden. Und die drängenden Fragen der Verteilungsgerechtigkeit müssen auch für andere Bereiche klar beantwortet werden: Wir wollen hohe Übergewinne und Finanzspekulationen stärker besteuern, die soziale Infrastruktur Europas ausbauen – und so mehr Gerechtigkeit in der EU schaffen.



### RASMUS ANDRESEN

ist Delegationssprecher der deutschen Grünen im Europaparlament. Das Thema Verteilungsgerechtigkeit liegt ihm besonders am Herzen.



### NIKLAS NIENASS

setzt sich seit seiner Wahl zum MEP 2019 für mehr Zusammenhalt und regionale Entwicklung innerhalb der EU ein.

**Wie kann die EU Kontakt in die Kommunen halten?** Wir müssen Bürger\*innen stärker einbinden. Je mehr sie an der Gestaltung ihrer Region beteiligt und in ihrem Engagement gefördert werden, desto stärker ist die Akzeptanz politischer Entscheidungen – auch auf EU-Ebene. Es gibt dazu viele gute Ideen wie etwa die der EU-Bürgerbudgets. Daraus können Gelder ohne bürokratischen Aufwand an ehrenamtlich organisierte Projekte fließen. Auch das EU-Maßnahmenprogramm LEADER zur Förderung von Innovationen im ländlichen Raum ist eine Erfolgsgeschichte. Doch wir brauchen noch mehr Möglichkeiten, um die Bürger\*innen auf kommunaler Ebene abzuholen und zu beteiligen. Dabei kann uns die Digitalisierung helfen. Eine digital fitte Verwaltung könnte gemeinsam mit den Bürger\*innen nach den besten Lösungen für Anliegen und Probleme vor Ort suchen. Diese Art von Austausch ist ganz wichtig. Die von mir organisierte Konferenz „Zukunft. Land.Leben“, bei der Menschen aus Politik, Wissenschaft, Ehrenamt und Verwaltung zusammenkommen, ist dafür ein gutes Beispiel.

**Warum muss die EU-Haushaltspolitik feministischer werden?** In keinem Land der EU verdienen Frauen gleich viel wie Männer, aber sie verbringen doppelt so viel Zeit mit unbezahlter Care-Arbeit. 17% aller Rentnerinnen in der EU sind von Armut bedroht. Auch wegen dieser Ungerechtigkeiten habe ich den Verein „Fiscal Feminist Hub“ gegründet. Wir fordern, dass in Zukunft Geschlechtergerechtigkeit im EU-Haushalt von Anfang an mitgedacht wird. Wenn die Europäische Union es ernst meint, muss ihre Verpflichtung zur Geschlechtergerechtigkeit auch in der Haushaltspolitik sichtbar werden. Wir sind mittlerweile vernetzt mit Feminist\*innen, Ökonom\*innen und Aktivist\*innen aus ganz Europa. Das hat gezeigt: Auch die EU-Arbeitspolitik muss feministische Belange berücksichtigen. Vor allem junge Europäer\*innen sind häufig in einem Teufelskreis befristeter Arbeitsverhältnisse gefangen. Die Folge ist ein relativ hohes Armutsrisiko trotz Lohnarbeit. Deswegen wollen wir uns in der kommenden Legislaturperiode weiter für einen europäischen Mindestlohn einsetzen und Lohndumping in ganz Europa bekämpfen!



### ANNA PETERS

war bis 2021 Sprecherin der Grünen Jugend. Sie ist Gründerin des „Fiscal Feminist Hub“ und kandidiert erstmals für das EU-Parlament.

Zweimal gut: Die Lilie und die Taube sind universelle Symbole für Frieden. Die Kraft der Symbolik ist im Kampf um Frieden nicht zu unterschätzen.



### KAPITEL 3: WAS FRIEDEN SCHÜTZT

Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine kam der Krieg zurück nach Europa. Aber auch blutige Konflikte und politische Spannungen weltweit fordern Europa heraus. Unsere Friedensordnung steht in Frage. Wir möchten die Kräfte bündeln, um die Europäische Union und ihre Werte zu verteidigen und die Position Europas als selbstbewusste und souveräne Friedensmacht zu stärken.

## „Kein Krieg ist nicht gleich Frieden“

In dem Krieg in der Ukraine geht es um unsere europäischen Werte und Interessen, unsere freiheitlich demokratische Lebensform und den Umgang von Staaten miteinander, sagt die führende deutsche Sicherheitsexpertin Claudia Major von der Stiftung Sicherheit und Politik. Sie fordert eine Zeitenwende, die weit mehr beinhaltet als nur viel Geld für die Bundeswehr.

### Sie benutzen oft den Begriff der Sicherheitsunordnung. Warum ist die sicherheitspolitische Lage gerade auch aus europäischer Sicht so massiv in Unordnung geraten?

**Claudia Major:** Nach dem Ende des Kalten Kriegs hatten sich Russland und die westlichen Staaten auf eine kooperative Sicherheitsordnung geeinigt: die Idee des gemeinsamen Hauses Europa. Dazu gehörten zentrale Prinzipien des Miteinanders wie freie Bündniswahl, Souveränität, territoriale Integrität und friedliche Konfliktlösung. Aus westlicher Sicht war diese Ordnung wunderbar. Russland hingegen hatte immer stärker das Gefühl, keine Rolle mehr zu spielen. Heute ist Russland eine doppelt revisionistische Macht. Nach außen, indem der Staat Grenzen verschiebt und Kriege führt. Und nach innen, weil die Regierung die Voraussetzungen für eine Demokratie wie Frauen- und Minderheitenrechte, Gewaltenteilung und Pressefreiheit abgebaut hat und Russland so in eine Autokratie verwandelt.

### Mit anderen Worten: Der Einmarsch in die Ukraine kam nicht überraschend?

Russland hat seine Interessen immer wieder militärisch durchgesetzt – in Tschetschenien, Georgien, Syrien oder Libyen. Aber wir haben weggeschaut. Wir wollten auch nicht wahrhaben, dass sich Russland in Wahlen anderer Länder eingemischt hat und dass es mehrere politische Morde gab – zuletzt der an Alexej Nawalny. Mit dem Angriff auf die Ukraine hat Russland die Ordnung, an die wir glauben wollten, weggebombt. Die jetzt anstehende „Zeitenwende“ ist übrigens ziemlich deutsch. Viele andere europäische Länder wie die baltischen Staaten brauchten keinen Wake-up-Call, die haben schon lange vor Putin gewarnt.

Interview: Gero Günther

## 3. WAS FRIEDEN SCHÜTZT

### Was müssten Deutschland und die EU diesem Bruch der Friedensordnung jetzt entgegensetzen?

Es geht nicht nur um eine bessere Ausstattung des Militärs, sondern auch darum, wie wir unsere Abhängigkeiten in punkto Energie abbauen, wie man Lieferketten gestaltet oder wie wir mit Desinformation und Propaganda umgehen, was Veränderungen in der Bildungspolitik zur Folge haben müsste. Und wir sollten prüfen, wie resilient Wasser- und Stromwerke und Krankenhäuser sind oder wie sicher die Kabel im Meeresboden liegen. Kurzum: Europa muss sich neu aufstellen in einer Welt, in der es Länder gibt, die unsere Lebensform nicht nur ablehnen, sondern aktiv bekämpfen – auch militärisch.

### Viele Angriffe liegen unterhalb der militärischen Konfrontation, treffen unser demokratisches System aber trotzdem schwer.

Wir denken immer noch viel zu schwarz-weiß. Nach dem Motto: Wenn kein Krieg ist, herrscht Frieden. Dabei weitet sich die Grauzone immer stärker aus. Angriffe werden unterhalb der Schwelle militärischer Gewalt ausgetragen und mit ganz verschiedenen Mitteln wie Cyberangriffen, Manipulation von politischen Prozessen oder gezielter Propaganda. Das alles zielt darauf ab, die freien, offenen Gesellschaften zu unterwandern. Und darin sind unsere Gegner leider sehr erfolgreich.

### Müssten wir im ersten Schritt einfach mal anerkennen, dass wir Feinde haben?

Wenn zwei Flugstunden von uns einhergehend mit nuklearen Drohungen Grenzen verschoben und Kriegsverbrechen begangen, Frauen vergewaltigt und Kinder entführt werden, dann würde ich sagen: Ja! Nach dem Kalten Krieg und der friedlichen Wiedervereinigung hat Deutschland vor allem in das Militär investiert, um als guter Verbündeter dazustehen. Das war kaum von einem Bedrohungsgefühl getragen. Seit dem Überfall auf die Ukraine ist das fundamental anders. Jetzt geht es um unsere ureigene physische Sicherheit.

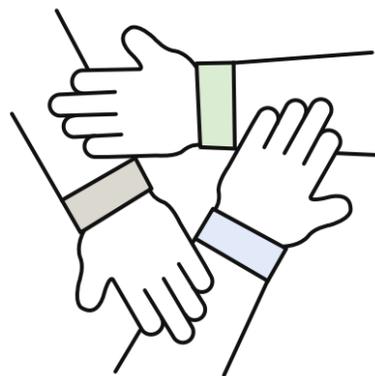
### Was können wir konkret tun?

Erstens die Ukraine politisch, wirtschaftlich, militärisch stärken, insbesondere durch die Integration des Landes in euroatlantische Strukturen. Wir brauchen eine klare Roadmap für den EU- und NATO-Beitritt. Je geringer der militärische Erfolg, umso wichtiger ist der politische. Zweitens: Russland schwächen, solange es an seiner revisionistischen aggressiven Politik festhält, Sanktionen schärfen und die eingefrorenen russischen Gelder nutzen, um die Ukraine zu unterstützen. Und drittens in Abschreckung, Verteidigung und die Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaften und Infrastruktur investieren.



**DR. CLAUDIA MAJOR**

ist Politikwissenschaftlerin und Forschungsgruppenleiterin bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Ihr wissenschaftliches Spezialgebiet ist europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Sie beschäftigt sich in diesem Kontext mit der Rolle der NATO, den transatlantischen Beziehungen und den Möglichkeiten für mehr strategische Autonomie und Souveränität in Europa. Seit 2010 ist sie außerdem Mitglied im Beirat zivile Krisenprävention des Auswärtigen Amtes und seit 2023 Mitglied im Beirat Innere Führung des Verteidigungsministeriums.



**Zusätzlich befeuert die Möglichkeit einer Wiederwahl von Donald Trump zum amerikanischen Präsidenten die Diskussion um die Wehrtüchtigkeit Europas.** Europa ist derzeit nicht in der Lage allein militärisch zu verteidigen, was es aufgebaut hat. Die Amerikaner waren stets diejenigen, die Verteidigung und Krisenmanagement für Europa in die Hand genommen haben. In den Balkankriegen oder auch im Libyenkrieg zum Beispiel. Nach der Abwahl Trumps haben alle aufgeatmet – und nichts getan.

**Sind wir denn ohne die Schutzgarantie der USA überhaupt handlungsfähig?**

Europa kann die USA nicht ersetzen. Die politische Führungsrolle der Vereinigten Staaten ist unumstritten. Sie können Kompromisse erwirken, Druck machen und Einigung schaffen. Europa fehlt es an Ausstattung im konventionellen Bereich – von der Aufklärung bis hin zur Ausstattung der Truppen. Und natürlich auch an adäquater nuklearer Abschreckung. Deshalb glaube ich, dass es angesichts eines solchen Szenarios mit zwei Prozent Verteidigungsausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt nicht getan ist. Wir müssten deutlich mehr investieren – und das langfristig.

**Welche Rolle sollte Deutschland beim Aufbau der neuen europäischen Sicherheitsordnung spielen?**

Als führende Wirtschaftsmacht eine entscheidende. Wenn Polen und die baltischen Staaten drei Prozent für ihr Militär ausgeben, ist das gut. Aber wenn Sie sich im Verhältnis dazu das finanzielle Volumen Deutschlands anschauen, wird deutlich, warum unser Beitrag so wichtig ist.

Wenn Deutschland handlungs- und verteidigungsfähig wäre, würde das Europa massiv stärken. Und diese Handlungsfähigkeit muss schnell hergestellt werden. Um es noch einmal zu sagen: Für viele Staaten lohnt sich der Einsatz militärischer Gewalt. Das widerspricht zwar unserem Verständnis von internationalen Beziehungen und verantwortungsvollem Handeln. Aber wir müssen anerkennen, dass sich einige unserer Grundannahmen leider nicht bewahrt haben.

**FÜR FRIEDEN KÄMPFEN!**

Die Gemeinschaft der europäischen Staaten muss die Ukraine unterstützen, die europäische Friedensordnung verteidigen und im eskalierenden Krieg im Nahen Osten Verantwortung übernehmen. Dafür muss Europa souverän und selbstbewusst auftreten und mit einer Stimme für Frieden, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit sprechen. Die Grünen wollen die globale Handlungsfähigkeit der EU deshalb auf allen Ebenen stärken.

**Bei den Grünen sorgt dieses Spannungsfeld zwischen Pazifismus und der Verteidigung einer wertebasierten internationalen Ordnung schon seit den 1990er-Jahren für Diskussionsstoff.**

Die Grünen haben sich seit dem Kosovo-Konflikt für die Einhaltung der internationalen Spielregeln stark gemacht. Sie haben bewiesen, dass sie sich an neue Situationen anpassen können und auf dramatische Änderungen nicht mit alten Rezepten reagieren. Das hat natürlich auch damit zu tun, dass die Menschenrechte eine so wichtige Rolle in der grünen Außenpolitik spielen.

**Und trotzdem bleibt das Eingeständnis, dass massiv aufgerüstet werden muss, ein schmerzhafter Prozess.**

Natürlich wäre es schöner, das Geld in andere Bereiche zu investieren. Aber es geht um existenzielle Fragen. Französische Präsidenten halten traditionell in ihrer Amtszeit eine Rede zum Thema Abschreckung. Emmanuel Macron hat das im Februar 2020 gemacht. Dabei setzte er sich mit der Aussage des Papstes auseinander, der den Besitz von Atomwaffen als ethisch nicht vertretbar bezeichnet hatte. Macron sagte damals sinngemäß: Wenn ich unser Nukleararsenal auflöse, mache ich mein Land erpressbar durch Schurkenstaaten, die Atomwaffen besitzen. Habe ich damit etwas gewonnen oder wäre das nicht verantwortungslos? Das sind die Fragen, die wir uns heute stellen müssen. Das heißt nicht, dass wir „kriegsgeil“ werden sollen. Aber wir müssen unseren Frieden verteidigen können.



**SERGEY LAGODINSKY**

steht auf Platz zwei der grünen Liste. Er ist seit 2019 Abgeordneter in Brüssel. Der Erhalt von Freiheit und Demokratie und eine EU-Außenpolitik der starken Nachbarschaften liegen ihm am Herzen.

**Wie kann Europa die Friedensordnung auf dem Kontinent wiederherstellen?** Die EU hat nur dann eine Zukunft, wenn Europa gestaltungsfähig und friedvoll bleibt. Das ist kein geringer Anspruch. Gerade in Zeiten, in denen Donald Trump die Beistandspflicht der NATO-Staaten unverblümt in Frage stellt und ein grausamer von Russland begonnener Krieg in der Ukraine wütet, müssen wir unsere Geschicke selbst in die Hand nehmen. Europas Friedensordnung und Europas Freiheit sind untrennbar miteinander verbunden.

Wir dürfen aber auch den globalen Süden nicht aus den Augen verlieren. Das ist wichtig, denn Staaten in Afrika, Asien und Lateinamerika sind für uns potenziell wichtige Partner\*innen und Verbündete. Europa wird seinen globalen Einfluss nur wahren können, wenn wir die Zukunft mit und nicht gegen den Rest der Welt gestalten.

Dafür brauchen wir funktionierende internationale Organisationen – in erster Linie die Vereinten Nationen oder bei uns den Europarat oder die OSZE –, effektives internationales Recht und multilaterale Zusammenarbeit. Das bedeutet, dass Staaten gleichberechtigt kooperieren, um grenzübergreifende Probleme und Konflikte zu lösen.

Das ist sowohl Auftrag als auch Versprechen. Unseren Fokus richten wir dabei auf das, was nötig und machbar ist: eine bessere Abstimmung zwischen den nationalen Armeen, Anstrengungen bei der gemeinsamen Rüstungsproduktion, aber auch Krisenprävention, Diplomatie und Unterstützung der freien Zivilgesellschaft. Gerade die Menschen, die sich in Belarus oder Russland gegen Krieg und Totalitarismus stellen, verdienen unsere Unterstützung. Sie verkörpern die Hoffnung auf mehr Demokratie und Freiheit in ihren Ländern und damit auch auf Frieden und damit auch auf Frieden für unseren Kontinent.

Und das wiederum setzt voraus, dass Europa glaubwürdig ist. Wir dürfen unseren Einsatz für Menschenrechte nicht nur nach außen vor uns hertragen, sondern müssen auch im Inneren Bürgerrechte wahren und die Demokratie schützen. Denn Rechtsstaatlichkeit und Demokratie auf der einen sowie Frieden und Sicherheit auf der anderen sind zwei Seiten einer Medaille.



**VIOLA VON CRAMON**

ist seit 2019 MEP und sitzt im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten. Sie möchte die Demokratie in osteuropäischen Partnerländern stärken.

**Warum ist es so wichtig, dass die EU in Osteuropa als Partner präsent ist?**

Von der Klimapolitik über wirtschaftliche Zusammenarbeit bis hin zur Förderung von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten: Die EU und Deutschland als ihr größtes Mitglied müssen auch außerhalb der EU-Grenzen ihre Werte und Interessen vertreten. Für mich persönlich war Europapolitik in erster Linie immer auch Osteuropapolitik. Denn die Sicherheit Europas hängt auch davon ab, dass wir es schaffen, die Demokratie in unserer unmittelbaren Nachbarschaft zu stärken. Deshalb ist es auch so wichtig, dass wir präsent sind, Verbindungen knüpfen, miteinander sprechen und unsere Partner\*innen vor Ort unterstützen. Ich bin viel in Osteuropa unterwegs. Mit jedem Besuch und jedem Kontakt helfen wir der osteuropäischen Zivilbevölkerung, antidemokratischen Kräften im Inneren und von außen entgegenzutreten. Wenn Europa zusammen mit seinen Nachbarn im Osten gemeinsam für seine Werte eintritt, wird unser Kontinent langfristig vielfältiger, toleranter, friedlicher und stärker.



**HANNAH NEUMANN**

Die Friedens- und Konfliktforscherin kämpft seit 2019 in Brüssel für Sicherheit und Frieden. Dafür ist sie auch bereit, Konflikte auszutragen.

ANZEIGE

Karriere mit frischem Wind



www.jobzukunft-wind.de





**PEGAH EDALATIAN**

ist seit 2022 stellvertretende Bundesvorsitzende der Grünen. Sie ist international-europäische Koordinatorin und unsere erste vielfaltspolitische Sprecherin. Globale Gerechtigkeit, feministische Außenpolitik und Menschenrechte sind ihr besonders wichtig.

Russland verabschiedet und mehr als 88 Milliarden Euro für die Unterstützung der Ukraine mobilisiert. Das ist auch höchste Zeit, denn angesichts der weltweiten Verwerfungen, der Auseinandersetzungen mit China und Russland und der Unsicherheit über die Zukunft des transatlantischen Bündnisses wird deutlich: Die EU muss eine führende Rolle in der Verteidigung von Demokratie, Menschenrechten und Frieden in Europa und auf der ganzen Welt einnehmen. Dafür muss sie geeinter und handlungsfähiger werden.

**KLIMAPOLITIK IST FRIEDENSPOLITIK**

2023 war das heißeste Jahr, das die Menschheit je gemessen hat. Flüsse und Seen führten in ganz Südeuropa wenig Wasser, was vielerorts zu Rationierung führte. Starkregen hinterließ eine Spur der Verwüstung und tausende Tote, nachdem im libyschen Darna im September Dämme brachen. Das zeigt: Die Klimakrise bedroht den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Sicherheit und die Lebensgrundlagen von hunderten Millionen Menschen weltweit. Nach einer Studie des Bundesministeriums für Klimaschutz wird die Klimakrise bis 2050 Deutschland allein zwischen 280 und 900 Milliarden Euro kosten.

Während einer politischen Reise nach Südafrika im vergangenen Dezember wurde mir wieder deutlich, dass Menschen auf der ganzen Welt genau beobachten, wie ernst es das reiche Europa mit der Klimaneutralität meint. Europa ist auch deshalb in der globalen Bekämpfung der Klimakrise in einer Schlüsselposition. Immerhin soll der Kontinent bis spätestens 2050 klimaneutral sein. Für uns Grüne ist klar, dass die Klimaneutralität noch früher erreicht werden muss, denn die EU muss ihrer Verantwortung gerecht werden und ein Vorbild sein. Sie benötigt für den globalen Einsatz gegen die Klimakrise eine strategische Klimaaußenpolitik. Sie muss Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens aufbauen, um sowohl dem gewaltigen Investitionsbedarf als auch den Vorgaben des Pariser Abkommens gerecht zu werden. Dazu gehört auch die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen an die Klimakrise in betroffenen Ländern. Das ist auch in unserem eigenen Interesse: Schließlich muss die EU ein Gegengewicht zu dem steigenden russischen und chinesischen Einfluss auf viele Regionen der Welt bilden.

**MEHR GLOBALE GERECHTIGKEIT**

Reiche werden immer reicher, Arme immer ärmer. Während die fünf reichsten Männer auf unserem Planeten ihr Vermögen mehr als verdoppeln konnten, sind fast fünf Milliarden Menschen seit 2020 ärmer geworden. Und obwohl nur jeder fünfte Mensch in Ländern des Globalen Nordens lebt, sind dort zwei Drittel des Privatvermögens weltweit konzentriert.

Armut führt zu mehr Krankheiten und Hunger. Und sie verwehrt Menschen den Aufstieg. In der Folge nehmen gesellschaftliche Konflikte weltweit zu. Die EU muss, auch aus Verantwortung für die Verbrechen von Mitgliedstaaten in der Kolonialzeit, globale Ungerechtigkeiten angehen. Nötig sind dafür partnerschaftliche Investitionen in Bildung sowie Unterstützung beim Aufbau von Sozialsystemen und lokaler Wertschöpfung in den Ländern des Globalen Südens. Ein weiterer zentraler Ansatz für uns sind Schuldenerlasse, ein gerechteres globales Steuersystem und das Schließen von Steuerschlupflöchern, damit Regierungen

im Globalen Süden mehr finanziellen Handlungsspielraum haben.

**MENSCHENRECHTE SCHÜTZEN**

Im Iran kämpfen die Protestierenden seit dem Mord an Jina Mahsa Amini unter Einsatz ihres Lebens für die Rechte von Frauen und ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit. In Belarus wird die Demokratiebewegung vom Lukaschenko-Regime weiterhin brutal verfolgt. Nach einem Bericht der NGO Global Witness wurde 2022 weltweit jeden zweiten Tag ein\*e Umwelt- und Klimaschützer\*in getötet.

Die EU muss sich auf die Seite dieser mutigen Kämpfer\*innen stellen, die sich für die Werte einsetzen, auf denen die EU gründet. Staaten und Akteure, die für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, müssen sanktioniert werden. Die Auslandsvertretungen

„Die EU muss geeinter und handlungsfähiger werden.“

**PEGAH EDALATIAN**

der EU müssen Gerichtsverfahren beobachten, humanitäre Visa vergeben und Soforthilfe bereitstellen. Für uns ist dabei klar: Die EU und ihre Unternehmen dürfen nicht von Menschenrechtsverletzungen oder Umweltverschmutzung profitieren. Sonst macht sich Europa unglaubwürdig.

**MIT EINER STIMME**

Hackerangriffe, dubiose Finanzströme, Desinformationskampagnen – Russland und andere autoritäre Staaten versuchen, die europäische Demokratie zu unterminieren und die EU zu spalten. Gleichzeitig blockieren sich die Mitgliedstaaten der EU in der Außenpolitik zu oft gegenseitig. Das muss sich ändern. Wir Grüne treten für eine selbstbewusste EU ein, die entschlossener und einheitlicher handelt und ihre Werte weltweit vertritt. Wir setzen uns für die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat ein, die von einem europäischen Außenministerium mit einem echten diplomatischen Dienst vertreten werden. So hätten US-Außenminister\*innen in Zukunft auch den direkten Draht zur Friedensmacht Europa.

**Friedensmacht Europa**

Die EU kann, soll und muss über die Grenzen des eigenen Kontinents hinaus wirken. Pegah Edalatian über Europas Verantwortung und was die EU tun kann, damit die Welt gerechter und so friedlicher wird.

Angeblich soll der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger einmal gefragt haben, wen man eigentlich anrufen soll, wenn man die EU sprechen möchte. Diese Legende wird immer wieder gerne zitiert, wenn es darum geht, ob und wie die EU in der Außenpolitik mit einer Stimme sprechen kann. Nach dem Ende des Kalten Kriegs und in den 2000er-Jahren konnten die Mitgliedstaaten häufig keine Einigkeit in außenpolitischen Fragen herstellen. Sie reagierten zu spät in den Jugoslawienkriegen und waren uneins im Irakkrieg. Dass sie auch anders kann, zeigte die EU in ihrer Reaktion auf den Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine. So wurden seit Februar 2022 insgesamt zwölf Sanktionspakete gegen

ANZEIGE

Bild: Urban Zintel

Mehr Informationen unter: [www.pkv.de/besser-für-alle](http://www.pkv.de/besser-für-alle)

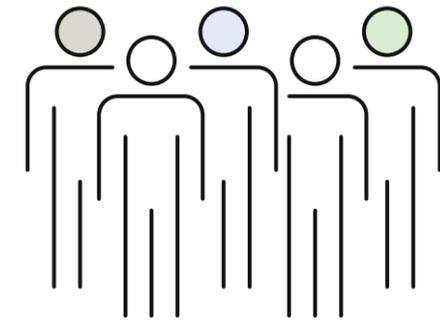
## Dreimal B gegen Rechts

Bei den Europawahlen, so fürchten viele, werden rechtsextremistische und rechtsautoritäre Parteien massiv an Stimmen gewinnen. Auf dem Spiel stehen nicht nur wichtige politische Projekte, sondern auch die freie demokratische Verfasstheit unseres Gemeinwesens. Warum Brandmauern, Bündnisse und Bürgerbeteiligung die Mittel der Wahl gegen die Gefahren von rechts sind.

Es waren Bilder aus Ungarn, die zu Beginn dieses Jahres insbesondere auch in Italien für Entsetzen sorgten. Zu sehen war die italienische Aktivistin Ilaria Salis, die in einem Budapester Gericht in Ketten vorgeführt wurde. Angeblich soll die 39-jährige Grundschullehrerin auf einer rechtsextremen Kundgebung in Budapest zwei Demonstranten schwer verletzt haben. Salis, die die Vorwürfe bestreitet, saß vor Verhandlungsbeginn fast ein ganzes Jahr lang in einem Hochsicherheitsgefängnis – in einer Zelle voller Ratten und Ungeziefer. Medien berichten übereinstimmend, dass sie sich tagelang nicht waschen und über Monate ihre Angehörigen nicht kontaktieren durfte. Der Fall Salis klingt nach Vergangenheit und weiter Ferne. Und doch ist er Gegenwart in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, den der Rechtsautoritäre Victor Orbán in seinen eigenen Worten zu einer „illiberalen Demokratie“ umgeformt hat. Ein System, das zunehmend rechtsstaatliche Willkür ermöglicht.

„Das Muster ist immer dasselbe“, erklärt der Extremismusexperte Armin Pfahl-Traughber. Erst werde die Unabhängigkeit der Justiz eingeschränkt, dann die Medienfreiheit ausgehöhlt und schließlich politische Opposition erschwert. Man habe das in Ungarn beobachten können, später auch in Polen. Das fundamentale Problem ist: Derartige Eingriffe in demokratische Strukturen lassen sich nur schwer rückgängig machen. „Wenn die obersten Gerichtshöfe umbesetzt oder entmachtet werden, beeinflusst das unter Umständen jahrzehntelang das politische Geschehen“, sagt Pfahl-Traughber. Dem Politikwissenschaftler und Soziologen sind diese Mechanismen allzu vertraut, denn autoritäre Strukturen sind sein Fachgebiet. Seit den 1990er-Jahren forscht er zu rechtsextremistischen Bewegungen. Die aktuellen politischen Entwicklungen beobachtet er dabei mit Sorge. Schließlich ist Ungarn längst nicht mehr das einzige Land, in dem

Text: Gero Günther



**PROF. DR. ARMIN PFAHL-TRAUGHBER**

ist Politikwissenschaftler und Soziologe. Seine Forschungsschwerpunkte sind Extremismus, Terrorismus und Antisemitismus. Er lehrt an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung und ist Herausgeber des „Jahrbuchs für Extremismus- und Terrorismusforschung“. Bis 2004 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter und Referatsleiter in der Abteilung für Rechtsextremismus im Bundesamt für Verfassungsschutz.

rechtsautoritäre Parteien in der Regierung sitzen. „Sogar in Ländern, die als immun galten, gibt es einen Rechtsruck“, sagt Pfahl-Traughber. In Schweden zum Beispiel, wo die aus der Neonazi-Szene hervorgegangene Partei der Schwedendemokraten immer stärker wird.

### BÜNDNISSE ALS GEBOT DER STUNDE

Aber macht der Wahlsieg der Opposition gegen die rechtsautoritäre PIS in Polen nicht Hoffnung? Für Pfahl-Traughber ist das Ergebnis kein Grund zur Entwarnung, hält aber eine spannende Erkenntnis bereit. Obwohl die PIS immer noch stärkste Partei sei, konnte sie als Regierung abgelöst werden. Der Grund: Das Bündnis der Opposition sei stark und vor allem einig genug gewesen, um einen Wechsel herbeizuführen. „Die Botschaft ist klar, Bündnisse sind das Gebot der Stunde“, sagt der Politologe. Nur wenn die demokratischen Kräfte an einem Strang ziehen, können undemokratische Kräfte an der Regierung verhindert beziehungsweise abgewählt werden. Die

### MEHR FREIHEIT SCHAFFEN!

Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Wir wollen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie mit freien Wahlen und die unveräußerlichen Rechte aller Europäer\*innen stärken. Dafür braucht es starke europäische Institutionen, aber auch das Vertrauen der Bürger\*innen in ihre politische Vertretung auf europäischer Ebene. Europa ist ein Friedens- und Freiheitsprojekt. Damit sind die Grünen die natürlichen Gegner rechter Europafeinde, die auf Spaltung statt auf Einigkeit, auf Nationalismus statt auf Europa und auf Hetze statt auf gute Lösungen für die Zukunft setzen. Wir wollen Europa zu einer föderalen Republik mit einer eigenen Verfassung machen – für noch mehr Freiheit in Europa.

### KAPITEL 4: WAS FREIHEIT SCHÜTZT

Das Fundament Europas sind Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Doch der rechtsextreme Backlash droht dieses Fundament zu beschädigen. Dagegen setzen wir auf ein Europa, das in Vielfalt geeint ist. Wir wollen unsere Freiheit schützen, mehr demokratische Teilhabe ermöglichen, Rechtsstaatlichkeit ausbauen und die Werte der EU glaubwürdig vertreten – nach innen und nach außen.

*Appetit auf Freiheit? Man muss Freiheit auch wollen, den Aufbruch zu neuen Ufern wagen und darf die Endlosigkeit des Himmels nicht fürchten.*



**GIADA NEGRI**

stammt aus einem Dorf in der Po-Ebene. Sie studierte Politikwissenschaftlerin arbeitet seit sieben Jahren für das European Civic Forum in Brüssel. Das Forum ist ein paneuropäisches Netz von über 100 Organisationen aus über 29 europäischen Ländern. Giada Negri will Raum für die europäische Zivilgesellschaft schaffen und Aktivisten in Europa bestärken, illiberalen Entwicklungen entgegenzutreten.

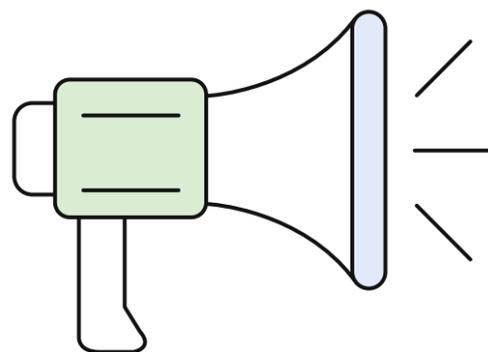
Wirkmacht von Bündnissen gegen Rechtsextremismus lässt sich laut Pfahl-Traugber auf allen politischen Ebenen nachvollziehen. In den Stichwahlen ost-deutscher Kommunalwahlen des vergangenen Jahres habe man zum Beispiel im thüringischen Saale-Orla-Kreis durch einen Zusammenschluss der demokratischen Parteien einen AfD-Landrat verhindert. In der sächsischen Kleinstadt Pirna sei das nicht gelungen. „Die konnten sich nicht einigen, und der AfD-Kandidat ist nun Oberbürgermeister.“ Der Egoismus einzelner Parteien sei eben leider oft stärker als das Bestreben, den Einfluss von Rechtsextremisten zu minimieren.

**DIE GEFAHR DER NORMALISIERUNG**

Das ist nicht nur ein deutsches, sondern auch ein europäisches Problem. Wenn rechtsextreme Parteien bei der Europawahl wie prognostiziert stark zulegen, könnten sich die Machtverhältnisse auch in Europa deutlich verändern. Ob die Brandmauer zwischen der Fraktion rechtspopulistischer und -extremer Parteien und den demokratischen Kräften im Europaparlament dann noch hält, ist ungewiss. „In vielen nationalen Parlamenten ist die Zusammenarbeit mit solchen Parteien ja bereits üblich“, sagt Pfahl-Traugber. Aber auf die „Entzauberung“ rechtsextremistischer Parteien durch Zusammenarbeit im politischen Alltagsgeschäft braucht keiner hoffen. Das historisch folgenreichste Beispiel für diese Fehleinschätzung findet sich in der deutschen Geschichte: 1933 waren die bürgerlich-nationalistischen Kräfte ein Bündnis mit der NSDAP eingegangen, weil sie fest damit rechneten, dass sich Hitler schnell selbst diskreditieren würde. Der Plan ging nicht auf. Die Nazidiktatur brachte Tod und Verderben über Europa und die Welt.

**STÜTZE DER DEMOKRATIE**

Man muss für seine demokratischen Freiheiten kämpfen und sie aktiv verteidigen – heute, jeden Tag und selbst in der Europäischen Union. Giada Negri weiß das



**BUCHTIPP: „DIE WELT VON MORGEN“**

In seinem neuesten Werk analysiert der österreichische Publizist und leidenschaftliche Europäer Robert Menasse den Scheideweg, an dem Europa steht. Wird die EU zu einer postnationalen Bund demokratischer Staaten oder verfallen die europäischen Staaten wieder zurück in den Nationalismus? Die Welt von morgen wird es zeigen.

aus eigener Erfahrung. Als Koordinatorin für Politik und Interessenvertretung beim European Civic Forum beobachtet die in Brüssel lebende Italienerin schon seit Jahren, wie illiberale Kräfte den Rechtsstaat und die Demokratie kompromittieren. Der Fall Ilaria Salis sei dafür ein sehr (un-)gutes Beispiel, der sie nachhaltig erschüttert habe. Den Einsatz der italienischen Regierungschefin Giorgia Meloni für die Gefangene nach einer Welle der Empörung hält sie für Heuchelei. Der italienische Staat habe Salis schließlich ein Jahr lang in U-Haft schmoren lassen, ohne einzugreifen.

„Orbán und Meloni verfolgen beide eine Agenda des Illiberalismus“, sagt Negri, die die Regierungschefin ihres Heimatlandes scharf kritisiert. Es dürfe nicht sein, dass Meloni in Europa mit einer minderheitenfeindlichen Politik landen kann, nur weil sie bestimmte Mindestanforderungen an die internationale Kooperationsbereitschaft erfüllt. Es gehe eben nicht nur darum, sich pro-europäisch zu geben. Ausschlaggebend ist, welche Art von Europa man dabei im Sinne habe.

**HÖREN UND GEHÖRT WERDEN**

Das European Civic Forum als europäisches Netzwerk aus über hundert zivilgesellschaftlichen Mitgliedsorganisationen und Initiativen will eine positive Vision für Europa entwickeln. „Eine Union, die sich stark macht für Demokratie, Gleichheit, Solidarität und den Schutz von Minderheiten“, erklärt Negri. Für die italienische Aktivistin sind offene Kommunikation, Transparenz, aber vor allem mehr politische Teilhabe für Menschen in Europa das beste und vor allem ein langfristig erfolgversprechendes Mittel gegen den Rechtsruck: „Viele haben Angst vor der Zukunft und werden in dem komplexen Geflecht der europäischen Institutionen zu wenig gehört, das sollten wir ändern.“

Deshalb will ihre Organisation die Beteiligung der Zivilgesellschaft auf EU-Ebene fest und verbindlich verankern. Ein langwieriger Prozess, aber erfolgreiche Beispiele für Dialogformate und Bürgerforen habe es in der Vergangenheit in einzelnen EU-Mitgliedstaaten schon mehrfach gegeben. Nur müsse man die gesammelten Vorschläge und Ideen auch ins politische System einspeisen. Denn folgenlose oder gar vorgetäuschte Teilhabe lässt die Frustration über demokratische Prozesse und politische Institutionen weiter wachsen. „Das haben wir bei den Klimaräten in Frankreich und Österreich gut beobachten können“, sagt Negri. Nur wenn sich alle Bewohner\*innen Europas konstruktiv einbringen können und ihr Engagement auf allen Ebenen auch tatsächlich Veränderungen bewirkt, sinkt die Bereitschaft, Parteien zu wählen, die die Demokratie und damit unsere Freiheit bedrohen. Davon ist Giada Negri fest überzeugt.

Text: Claudia Teibler

**Stimmt's so?**

Entscheidungen in wichtigen Politikfeldern können im Rat der EU nur einstimmig getroffen werden. Das macht den Staatenbund erpressbar und die Entscheidungsfindung mühsam. Wie kann das Einstimmigkeitsprinzip modifiziert werden, wenn auch diese Entscheidung einstimmig sein muss?

Die Kaffeepause war teuer: Zwar stimmte im vergangenen Dezember die Freigabe von rund zehn Milliarden Euro eingefrorener Gelder an Ungarn Victor Orbán nicht milde genug, um beim EU-Gipfel die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine mitzutragen. Aber immerhin ließ sich der ungarische Premier überreden, während der Abstimmung den Raum zu verlassen, damit alle anderen Staatschefs im Rat dafür stimmen konnten. Entscheidungen, die brisante Politikfelder betreffen, müssen einstimmig fallen. Das macht die Union der 27 EU-Staaten erpressbar und, gemessen an Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft, zu einem behäbigen und unberechenbaren Akteur auf der Weltbühne.

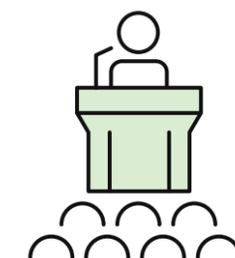
Der Zwang zur Einstimmigkeit entpuppt sich zunehmend als Konstruktionsfehler. Längst gibt es Bestrebungen, das Einstimmigkeitsprinzip zu ändern. Allein in den vergangenen zwei Legislaturperioden des EU-Parlaments wurden 40 Versuche gestartet, damit in bestimmten Bereichen künftig eine qualifizierte Mehrheit entscheiden kann. In diesem Fall müssten 15 der 27 Mitgliedstaaten zustimmen, die zugleich mehr als 65 Prozent der 450 Millionen EU-Bürger vertreten. Allerdings fürchten insbesondere kleinere und ost-europäische Staaten, dass sie dann im Vergleich zu bevölkerungsreichen Staaten wie Deutschland und Frankreich zurückstehen müssen.

Aber der Handlungsbedarf ist angesichts der vielen Krisen und Kriege inzwischen so groß, dass sich neun Befürworter in der „Gruppe von Freunden“ zusammengefunden haben. Dazu gehören die Schwergewichte Westeuropas, aber auch Slowenien oder Finnland. Im Juli 2023 verabschiedete das Europaparlament einen stufenweisen Plan mit Empfehlungen für eine Reform des Einstimmigkeitsprinzips. Eine komplette Änderung der EU-Verträge ist unwahrscheinlich. Doch es gibt Strategien und Methoden, die fürs Erste Dynamik in die verfahren Situation bringen könnten – und die wir Grüne nutzen und ausbauen wollen.



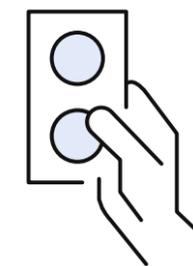
**PASSERELLE-KLAUSELN**

Die „Brücken“-Klauseln bieten die vereinfachte Möglichkeit, dass sich der Europäische Rat (das Gremium der Regierungschefs der Mitgliedstaaten) in Bereichen wie beispielsweise Außen-, Sicherheits- oder Umweltpolitik auf die Entscheidungsfindung per qualifizierter Mehrheit verständigt.



**BESONDERE AUSNAHMEREGLUNG**

Ereilt der Europäische Rat ein entsprechendes Mandat oder macht der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik einen entsprechenden Vorschlag, kann ein Beschluss auch mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden.



**KONSTRUKTIVE ENTHALTUNG**

Trägt ein Mitgliedstaat einen Beschluss im Rat nicht mit, kann er entweder ein Veto einlegen oder sich seiner Stimme enthalten. In diesem Fall kann auch bei Enthaltung eine einstimmige Entscheidung gefällt werden.

**HEINRICH BÖLL STIFTUNG**

Ausgabe 24 – 1  
**Europa – ein Versprechen**



Magazin  
60 Seiten  
März 2024

Bei der Europawahl im Juni steht viel auf dem Spiel. Böll.Thema wirft einen Blick auf die politischen Realitäten und Zielkonflikte in der EU und zeigt auf, warum nur ein geeintes Europa die Herausforderungen der Gegenwart bewältigen kann.

[boell.de/thema](http://boell.de/thema)

**WIRTSCHAFTSATLAS**

Daten und Fakten zur Transformation



erscheint  
24. April

Karten und  
Infografiken  
52 Seiten  
April 2024

Wie können wir die Klimaziele erreichen und dabei Wohlstand nachhaltig und gerecht gestalten? In 19 Themenfeldern benennt dieser Atlas politische Instrumente und Lösungsansätze für eine ökologisch ausgerichtete soziale Marktwirtschaft.

Bestellung: [boell.de/wirtschaftsatlas](http://boell.de/wirtschaftsatlas)

**Unser Newsletter**

Jeden Monat. Kostenfrei.  
In Eure Mailbox.  
**Jetzt abonnieren!**



**Heinrich-Böll-Stiftung**

Schumannstr. 8, 10117 Berlin [boell.de](http://boell.de)



## „Wir sind nicht wehrlos“

Freie und gleiche Wahlen sind das Herz der Demokratie. Doch was tun, wenn aufgrund einer Flut gezielter Desinformation und Deep Fakes freie Meinungsbildung immer schwerer wird? Mar Garcia, Kodirektorin des European Center for Digital Action, erklärt, wie wir den digitalen Gefahren für unsere Freiheit begegnen können.

**Unlängst hat das deutsche Außenministerium eine riesige Zahl an Fake-Accounts auf der Plattform X entlarvt, die meisten davon aus Russland. Was lässt dieser Vorfall im Hinblick auf die bevorstehenden Europawahlen befürchten?**

**Mar Garcia:** Dass die berüchtigten russischen Trollfabriken daran arbeiten, unsere freien Gesellschaften zu spalten und die Demokratie als Staatsform in Misskredit zu bringen, wissen wir seit langem. Dennoch nimmt das Ausmaß an Fehlinformationen ständig zu. Verschiedene Länder wie etwa China, Indien oder auch die Türkei kupfern bereits das russische Modell ab. Außerdem bietet der Einsatz Künstlicher Intelligenz böswilligen Akteuren im Netz ganz neue Möglichkeiten für Manipulation. Wir müssen uns darauf gefasst machen, dass die Anzahl an Fakenews im Vorfeld der Europawahlen in den sozialen Netzwerken deutlich ansteigen und der Ton sehr rau wird. Das ist eine ernsthafte Bedrohung unserer Demokratie.

**Warum ist Desinformation so gefährlich für die Demokratie?**

Wir müssen verstehen, dass das Internet zwar ein ziemlich freier Raum ist, in dem vieles gesagt werden darf. Das fördert aber nicht notwendigerweise unsere demokratische Freiheit. Denn diese basiert ja letztlich auf Fakten, die wiederum Grundlage der freien Meinungsbildung sind. In diesem Zusammenhang lohnt sich der Blick auf das Geschäftsmodell der großen Social-Media-Plattformen. Sie wollen User so lange wie möglich auf ihren Seiten halten. Das gelingt am besten mit Inhalten, die polarisieren oder gezielt aufhetzen. Aber wir können böartigen, manipulativen oder schlicht falschen Content immer an die Plattformen melden. Weil die Anbieter solche Meldungen ernst nehmen müssen, zählt jede Meldung.

### KOMM ZUR GRÜNEN NETZFEUERWEHR!

Du möchtest dich mit uns in den sozialen Netzwerken engagieren und gegen menschenverachtende Positionen und Desinformation vorgehen? Dann komm zur Grünen Netzfeuerwehr. Wir starten Gegenrede und kommentieren gegen Hass und Hetze im Netz! Mehr Infos findest du auf unserer Website unter:

<https://gruenlink.de/2r15>

**Aber zuvor muss man ja erstmal Wahrheit von Lüge unterscheiden können.**

Der Preis für die unbegrenzten und schnell verfügbaren Information im Netz ist Zeit. Die müssen wir aufbringen, um Infos zu hinterfragen und Quellen zu recherchieren, damit wir den vielen Falschinformationen nicht auf den Leim gehen. Der Doppelcheck sollte selbstverständlich sein – besonders dann, wenn Informationen uns emotional besonders stark triggern. Denn das kann darauf hindeu-



**MAR GARCIA**

ist Kodirektorin des „European Center for Digital Action“. Die spanische Politikwissenschaftlerin war bis 2022 Generalsekretärin der europäischen Grünen.

ten, dass es sich um Fake News handelt. Und natürlich wird das Problem auch politisch angegangen: Mit dem Digital Services Act, der Ende Februar dieses Jahres in Kraft getreten ist, reguliert die EU große Plattformen und will sie zwingen, ihren Content stärker zu moderieren.

**Welche Rolle spielt das European Center for Digital Action in diesem Zusammenhang?**

Unsere Organisation unterstützt Akteure in ganz Europa dabei, sich für Geschlechter- und Klimagerechtigkeit, Arbeitnehmerrechte und die Rechte der LGBTQI+-Community stark zu machen. Wir wollen ihnen helfen, ihre Mitglieder und interessierte Unterstützer\*innen über digitale Tools stärker an sich zu binden und so deren Engagement zu erhöhen. Gleichzeitig machen wir sie fit für die Auseinandersetzung im digitalen Raum. Denn leider sind rechtsautoritäre Bewegungen und Parteien häufig sehr viel geübter im Umgang mit sozialen Medien – auch weil sie früher damit begonnen haben, die Plattformen für sich zu nutzen. Und ihre Narrative verfangen, weil sie auf Empörung setzen, gängige Ressentiments bedienen und für alles scheinbar einfache Lösungen anbieten.

**Wie kann man diesen spalterischen Narrativen begegnen?**

In der Regel empfiehlt es sich, eine Gegenzählung aufzubauen – ohne dabei das falsche Narrativ zu wiederholen. Das würde den Falschinformationen und Lügen nur noch mehr Raum verschaffen. Denn das Perfide an Desinformation ist ja, dass alles, was wir zuerst gelesen, gesehen oder gehört haben, von unserem Hirn priorisiert wird. Wir versuchen deshalb, Muster zu identifizieren, um auf gezielte Desinformationskampagnen schneller reagieren zu können. Deshalb haben wir eine Technik entwickelt, die hilft, fragwürdige Inhalte zu katalogisieren und zu analysieren. Wir wollen wissen, wer was sagt, welche Zielgruppen adressiert werden, ob Inhalte gestreut werden oder Menschen auch offline mobilisiert werden sollen. Auf dieser Basis können wir Methoden entwickeln, die Desinformation entlarven und in ihrer Wirkung schwächen. Wir sind digitalen Gefahren nicht wehrlos ausgeliefert.

Interview: Philipp Hauner



**ERIK MARQUARDT**

ist eigentlich Fotograf. Seit 2019 sitzt er im EU-Parlament, wo er als Experte für Flucht, Migration und Menschenrechte klare Kante zeigt.

**Warum sind Einigungen in der EU-Asylpolitik so schwierig?**

In der EU-Asylpolitik blockieren unterschiedliche Interessen der Mitgliedstaaten ernsthafte Reformen und Lösungen. In dieser verfahrenen Lage wird die Entrechtung und Abschreckung von Geflüchteten oft zum kleinsten gemeinsamen Nenner der EU-Asylpolitik. Doch weder die Asylrechtsverschärfungen der vergangenen Jahre noch die unlängst beschlossene Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) werden die Kernprobleme lösen oder für eine gerechte Verteilung von Schutzsuchenden in Europa sorgen. Auch in Zukunft sind die Außengrenzstaaten für die meisten Asylanträge zuständig. Diese schotten sich ab. Die Aufnahmebedingungen sind so grausam, dass die Menschen weiterfliehen. Das Ziel grüner EU-Asylpolitik wird sein, die Mehrheit des Parlaments dazu zu bringen, die großen Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Echte Lösungen in der Asylpolitik gibt es nur, wenn man solidarisch zusammenarbeitet, Migration besser organisiert und dabei die Menschenrechte achtet.

**Wie kann man den Einfluss von Lobbys in der EU beschränken?**

Jede und jeder hat das Recht, der Politik Interessen vorzutragen. Natürlich muss das im gesetzlichen Rahmen ablaufen. Was es nicht geben darf ist, dass Einzelinteressen mit viel Geld beispielsweise Europas Klimapolitik sabotieren. Es ist müßig, über vermeintlich guten und schlechten Lobbyismus zu streiten. Wir brauchen in Europa vor allem eines: Klare Regeln für alle, die mit ihren Anliegen in der EU-Politik Gehör finden wollen. Das schaffen wir mit Transparenz. Es darf keine Hinterzimmer-Deals geben. Wir wollen wissen, wer wann wo und wie an welchem Gesetz mitgeschrieben hat. Wir wollen wissen, welche Abgeordneten und Beamt\*innen nur auf Industrie und Wirtschaft hören und ihre Türen für die Anliegen der Wissenschaft oder der Zivilgesellschaft verschließen. Deshalb arbeiten wir Grüne für volle und verpflichtende Lobbytransparenz in der EU-Gesetzgebung – für Parlament, Kommission und alle Mitgliedstaaten. Unabhängige Kontrollen sollen sicherstellen, dass diese Transparenzregeln auch eingehalten werden.



**DANIEL FREUND**

ist seit 2019 Abgeordneter im Europaparlament, wo er der Arbeitsgruppe gegen Korruption vorsitzt. Transparenz ist für ihn unabdingbar, damit die Demokratie glaubwürdig bleibt.



**ALEXANDRA GEESE**

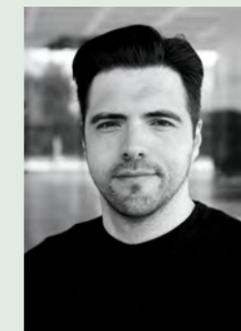
Die Digitalisierung will die Digitalexpertin und stellvertretende Vorsitzende der GrünenEFA-Fraktion seit 2022 in den Dienst der Demokratie stellen.

**Wie kann Digitalisierung Demokratie stärken?**

Digitalisierung ist der Schlüssel zu mehr Beteiligung. Sie ermöglicht es, dass wir uns einfacher und schneller vernetzen können. Auch Menschen, die weniger mobil sind, in ländlichen Regionen leben oder sich um Kinder oder ältere Menschen kümmern, können sich so aktiv in politische Prozesse einbringen. Allerdings ist das aktuelle, nur ungenügend regulierte Geschäftsmodell des Internets eine Gefahr für die Demokratie: Wladimir Putin kann mit digitalen Kampagnen Extremist\*innen in Europa unterstützen, die AfD ihren Hass massenhaft über Online-Plattformen verbreiten und Desinformation den Rückhalt für gemeinsame Ziele wie den Kampf gegen den Klimawandel schwächen. Aber wir können diese demokratieschädlichen Mechanismen ändern. Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz haben wir in Europa ein Werkzeug gegen Hass, Desinformation und Verschwörungsideologien geschaffen. Es sorgt für Transparenz und nimmt die Social-Media-Plattformen in die Verantwortung. Jetzt kommt es darauf an, dass wir das Gesetz auch wirkungsvoll anwenden.

**Wie kann man EU-Bürger\*innen effektiver vor Verbrechen schützen?**

Europa bedeutet für mich Freiheit. Die Freiheit, mich über Landesgrenzen hinweg zu bewegen, mit denselben Werten zu teilen und gleichzeitig die eigene Kultur zu wahren. Doch diese Freiheit wird bedroht. Terrororganisationen und Netzwerke der organisierten Kriminalität agieren seit vielen Jahrzehnten grenzüberschreitend und profitieren von unserer Unentschlossenheit und mangelnder Zusammenarbeit. Zur inneren Gefährdung trägt aber auch die antieuropäische Haltung rechter Parteien und Populisten bei. Wir als Grüne nehmen das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung ernst und arbeiten dafür, diesen Herausforderungen auf EU-Ebene gemeinschaftlich zu begegnen. Damit wir koordiniert gegen die Feinde Europas vorgehen können, bedarf es eines einheitlichen rechtlichen Rahmens, der eine Strafrechtserweiterung und operative Einheiten für das europäische Polizeiamt Europol vorsehen sollte. Denn unsere Sicherheit und damit auch die Bewahrung unserer Freiheit ist eine gesamteuropäische Aufgabe.



**JAN-DENIS WULFF**

sind als Polizist Fragen der inneren Sicherheit besonders wichtig. Der Berliner kandidiert zum ersten Mal für das EU-Parlament.



**MACHT MIT WAHLKAMPF**

Hier findest du Möglichkeiten, wie du dich im Wahlkampf engagieren kannst – digital und vor Ort. Generell kannst du dich immer auch an deinen Orts- oder Kreisverband wenden. Dort wird Unterstützung für den Haustürwahlkampf, an Wahlkampfständen und für andere Aktionen benötigt.



**MENSCHEN VOR ORT ABHOLEN**

Gemeinsam wollen wir bundesweit an 750.000 Türen klingeln. Haustürwahlkampf ist unser effektivstes Wahlkampfinstrument. Er erhöht nachweislich die Wahlbeteiligung. Jede zehnte bis zwölfte Tür bedeutet eine Stimme mehr für uns. Deshalb ist jede einzelne Tür, an der du klingelst, ein wichtiger Beitrag. Wenn du beim Haustürwahlkampf mitmachen willst, kannst du dich an deinen Kreisverband vor Ort wenden oder an [haustuer@gruene.de](mailto:haustuer@gruene.de) schreiben.

*Für einen  
erfolgreichen  
Wahlkampf  
brauchen wir  
euch alle!*



**GRÜNE BOTSCHAFTEN  
PLAKATIEREN**

Du willst Aufmerksamkeit für unsere Ziele erzeugen? Dann spende Plakate an Großflächen und Litfaßsäulen im ganzen Land! Auf <https://plakat.gruene.de> kannst du einen Standort und ein Plakatmotiv auswählen. Übrigens: Du kannst auch für Kinowerbung spenden.



**GRÜNE INHALTE TEILEN**

Die sozialen Medien sind nicht erst seit diesem Wahlkampf ein entscheidender Faktor, um Stimmen zu gewinnen. Eine besonders unkomplizierte, aber wichtige Wahlkampfunterstützung ist das Teilen grüner Beiträge, Reels oder Videos auf allen Social-Media-Plattformen.



**DIE NETZFEUERWEHR RUFEN**

Die Grüne Netzfeuerwehr ist ein Zusammenschluss von engagierten Freiwilligen, die gegen Hass und Desinformation auf Facebook, Instagram und bald auch auf TikTok vorgehen. Landes-, Kreis- und Ortsverbände sowie grüne Fraktionen haben die Möglichkeit, die Netzfeuerwehr um Unterstützung zu bitten. Dazu können Social-Media-Beiträge in die jeweiligen Gruppenkanäle der Netzfeuerwehr-Freiwilligen gepostet werden. Wendet euch an [feuerwehr@gruene.de](mailto:feuerwehr@gruene.de), um Zugang zu diesen Gruppenkanälen zu erhalten.

**TERMINE**

- 19. APRIL**  
Diversitätsrat in Berlin
- 05. MAI**  
Bundesfrauenrat in Berlin
- 13. MAI**  
Auftakt zu den Wahlkampftouren
- 26. MAI**  
Kommunalwahlen in Thüringen
- 01. JUNI**  
Wahlparteitag in Potsdam
- 07. JUNI**  
Wahlkampfhöhepunkt in Köln
- 08. JUNI**  
Bundesweite Demonstrationen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus
- 09. JUNI**  
Wahl des Europäischen Parlaments und Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt

**Das Magazin der Grünen –  
Mitgliederzeitschrift**

**Herausgeber:**  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Am Platz vor dem Neuen Tor 1,  
10115 Berlin  
Emily Büning, Politische  
Bundesgeschäftsführerin  
V.i.S.d.P.: Annkathrin Schäfer

**Redaktion, Gestaltung,  
Produktion:**  
Anzinger und Rasp, München  
Redaktion: Elisa Holz  
Gestaltung: Lukas Millinger

**Kontakt Redaktion:**  
E-Mail: [magazin@gruene.de](mailto:magazin@gruene.de)  
Redaktion: Das Magazin  
der Grünen, Triftstraße 13,  
80538 München

**Stand:** März 2024

**Anzeigenverwaltung:**  
Runze & Casper Werbeagentur  
Ruth Hansmann  
Linienstraße 214, 10119 Berlin  
Tel.: 030/28 01 80-145  
E-Mail: [verlagservice@runze-casper.de](mailto:verlagservice@runze-casper.de)

**Druck:**  
128.000 Exemplare  
Dierichs Druck, Kassel, auf 100 %  
Recyclingpapier.  
Den Auflagen von Bayern, Berlin,  
Hessen, Nordrhein-Westfalen,  
Rheinland-Pfalz und Thüringen  
liegen Zeitungen der Landesver-  
bände oder Landtagsfraktionen  
bei. Das Werbemittel der „The  
Generation Forest eG“ liegt der  
Auflage in Bayern bei.

Die nächste Ausgabe erscheint am  
30.8.2024



We ship climate-friendly  
with Deutsche Post

ANZEIGE

Ausgabe  
2 | 2024

# AM RECHTEN RAND

Rechtsextreme auf den Straßen, im Rat, in der Verwaltung: Wie kann sich Kommunalpolitik den Feinden der Demokratie entgegenstellen? Das aktuelle AKP-Heft berichtet über Handlungsstrategien, juristische Mittel, Netzwerke und Hilfestrukturen.

**Alternative Kommunalpolitik**  
Fachzeitschrift | 45. Jahrgang  
Ausgabe 2 | 2024  
13 Euro

Mehr Infos  
  
[www.akp-redaktion.de](http://www.akp-redaktion.de)

Einzelpreis: 13 Euro  
plus Versandkosten 1,70 Euro  
Abopreis (6 Ausgaben): 66 Euro

**Alternative Kommunalpolitik (AKP) e.V.**  
Luisenstr. 40 | 33602 Bielefeld | [akp@akp-redaktion.de](mailto:akp@akp-redaktion.de)

ANZEIGE

**EnBW**

# Wir laden Deutschland

Willkommen im  
**EnBW HyperNetz.**  
[enbw.com/WirLadenDeutschland](http://enbw.com/WirLadenDeutschland)

**connect**  
TESTSIEGER  
ELEKTROMOBILITÄTS-  
ANBIETER  
EnBW mobility+  
Oktober 2023

**TESTSIEGER 2023**  
BESTE ABDECKUNG  
Auto Bild  
eMobility  
Excellence  
EnBW mobility+  
Unabhängige Anbieter DACh  
März 2023



# Nachhaltiges Wirtschaften beginnt vor Ort.

## **Gemeinsam finden wir die Antworten für morgen.**

Die nachhaltige Transformation der Wirtschaft beginnt in den Regionen. Dort sind die mittelständischen Unternehmen – das wirtschaftliche Rückgrat Deutschlands – zu Hause. Genauso wie wir, die Sparkassen. Wir begleiten Unternehmen als Finanzpartner bei ihrer Entwicklung. Wir stehen ihnen beim Umbau auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise zur Seite. Gemeinsam gestalten wir eine lebenswerte Zukunft für alle – partnerschaftlich, klimafreundlich, erfolgreich.

**Weil's um mehr als Geld geht.**

